

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

GEOFFREY CROWTHER

Wiederaufbau eines Bündnisses

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Januar 1957) den folgenden Artikel von Geoffrey Crowther „Wiederaufbau eines Bündnisses“. In den Artikeln dieser Ausgabe bringen wir Stimmen zu dem Konflikt im Mittleren Osten zu Gehör, ohne uns mit diesen selbstverständlich zu identifizieren.

Die folgenden Ausführungen bauen alle auf der Voraussetzung auf, daß ein dauerhaftes und wirksames arbeitsfähiges Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und den Nationen Westeuropas, in erster Linie Großbritannien, nicht nur an sich wünschenswert, sondern im augenblicklichen Stadium der Welt die bei weitem stärkste und vielleicht einzige Garantie der Verhütung eines allgemeinen Krieges ist. Über diese Voraussetzung läßt sich vielleicht streiten; aber hier wird darüber nicht diskutiert. Und ich mache auch keinerlei Versuch, die Ereignisse des letzten Herbstes zu analysieren, zu erklären oder zu entschuldigen, und noch weniger möchte ich irgendwelche Anschuldigungen

vorbringen. Das einzige, was mich interessiert, ist die Frage, wie das jetzt so ernstlich geschwächte Bündnis wieder aufgebaut werden kann. Aber eine Vorbemerkung scheint mir noch nötig. Wenn es irgendwie zu einem Wiederaufbau kommen soll, kann es nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens geschehen. Aber in dem Augenblick, in dem ich dies schreibe, sind auf beiden Seiten des Atlantiks Männer im Amt, denen man auf der anderen Seite nicht traut. Solange dieses Mißtrauen besteht, kann sich der Fortschritt des Wiederaufbaus im besten Falle stockend und nur teilweise vollziehen.

hauptung beweisen würde, daß England und Frankreich allein keine unabhängige Aktion zum Erfolg führen können. Solch ein Stand der Dinge ist natürlich für manche Leute in London und Paris höchst widerwärtig. Aber er ist eine Tatsache, und sollte als solche anerkannt werden.

Man sollte jedoch nicht zu weit gehen. Einmal haben Amerikas Verbündete zwar vielleicht ihre Freiheit zu selbständigem Handeln verloren, aber nicht ihre Freiheit, die Initiative zu ergreifen. Sie können die Welt und sich selbst

Anerkennung der Tatsachen

Nach der für diese Dinge geltenden Theorie sind die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten, von Großbritannien bis zum Großherzogtum Luxemburg, alle gleichberechtigte, souveräne Staaten — gleich an Status, Stärke und Handlungsfreiheit. Jedermann weiß, daß das nicht so ist. Aber trotzdem stört die falsche Hypothese das Funktionieren des Bündnisses und führt zur Einnahme unhaltbarer Positionen auf beiden Seiten des Nordatlantik. Das erste Erfordernis für einen Wiederaufbau des Bündnisses ist, daß es auf der Anerkennung harter Tatsachen basiert.

Die härteste der Tatsachen ist die, daß die Vereinigten Staaten nicht nur das weitaus stärkste und reichste Mitglied des Bündnisses sind — das hat man schon immer gewußt — sondern das einzige Mitglied, das wirklich die Freiheit besitzt, den Kurs seines Handelns selbst zu wählen. Im strengen Sinne des Wortes sind sie

das einzige unabhängige Mitglied des Bündnisses. Dieser Tatbestand ist so sicher durch die traurigen Ereignisse im Oktober und November bewiesen worden, daß daran nicht mehr zu zweifeln ist. England und Frankreich glaubten, sie könnten mit Erfolg allein handeln und entdeckten, daß sie es nicht konnten.

Mancher wird nun sagen, daß die englisch-französische Intervention in Ägypten erfolgreich gewesen wäre, wenn sie die Unterstützung Amerikas erhalten hätte, die man hätte geben sollen, oder die erwartet worden war. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit; es gab auch die Opposition der Vereinten Nationen, der Weltmeinung, vieler Länder des Commonwealth und eines beträchtlichen Teiles der britischen Öffentlichkeit selbst. Es kommt hinzu, daß, selbst wenn es wirklich wahr wäre und die englisch-französische Intervention nur wegen der Haltung Washingtons erfolglos blieb, es doch meine Be-

immer noch in Ungelegenheiten bringen, auch wenn sie nicht allein wieder heraus können. Auch das ist höchst schmerzhaft demonstriert worden. Und andererseits haben sie immer noch eine nahezu völlige Freiheit, nicht zu handeln, wenn sie handeln sollten, und das kann gelegentlich fast genau so unangenehm sein.

Es bedarf daher der Anerkennung eines Verhältnisses, das zu subtil ist, um in irgendeiner der üblichen diplomatischen Kategorien zu passen, einer Partnerschaft, bei der nur ein Mitglied völlig Herr seines Geschicks ist (und selbst das

INHALT DIESER BEILAGE:

Geoffrey Crowther

„Wiederaufbau
eines Bündnisses“

Richard H. Nolte

„Jahr der Entscheidung
im Mittleren Osten“ (S. 183)

Robert Strausz-Hupé

„Eine politische Konzeption
für den Westen“ (S. 189)

nur in den Grenzen menschlicher Schwäche) und die anderen Mitglieder weder ganz unabhängig noch ganz abhängig sind, weder den Anweisungen des stärkeren Mitgliedes unterworfen, noch in der Lage, größere politische Aktionen ohne dessen Hilfe oder Teilnahme durchzuführen.

Eine solche Beziehung ist jedoch nicht völlig ohne Vorbild. Wenn die unerläßliche Vorbedingung gegenseitigen Vertrauens gegeben ist, so behaupte ich, daß man ein gültiges Vorbild in den Beziehungen, die lange Jahre bestanden haben — und zum großen Teil noch bestehen — hat, zwischen Großbritannien und den Ländern, die man früher die englisch-sprechenden Dominien nannte. Die englisch-kanadischen Beziehungen entsprechen der speziellen Form, an die ich hier denke, schon seit langem nicht mehr, und die Beziehungen zu den neuen asiatischen Mitgliedern des Commonwealth haben diese Form nie gehabt. Aber das englisch-australische Verhältnis illustriert fast genau, was mir im größeren Bereich der nordatlantischen Allianz notwendig scheint. Das Verhältnis ist nie formell definiert worden, aber es kann mit einiger Genauigkeit beschrieben werden. Das schwächere Mitglied hat das Recht auf seine wesentlichen nationalen Mindestrechte und die Garantie vom stärkeren Partner zu erwarten, daß er diese respektiert und bewahrt. Wenn das geschehen ist, sollte die Führung normalerweise bei dem stärkeren Mitglied liegen und der Schwächere sollte ihr loyal folgen. Und das ganze Verhältnis sollte seine Würze bekommen durch völlige Freiheit und blasphemische Offenheit der Kritik — wobei der Strom der Kritik, wie es bei einem solchen Verhältnis natürlich ist, in der Hauptsache vom Schwächeren zum Stärkeren ginge.

Psychologische Haltungen

Der größte Fehler der englischen Politik seit Ende des zweiten Weltkrieges war, wie jetzt täglich klarer wird, der Versuch, eine größere Rolle zu spielen, als es bewältigen konnte. Es gibt viele Entschuldigungen dafür, aber man sollte das nicht einfach als ohnmächtige Sehnsucht nach einem goldenen Zeitalter abtun. Denn die Rolle, die England zu spielen versuchte, ging nicht über das hinaus, was die Hilfsquellen der Nation hätten tragen können. Der entscheidende Faktor war, daß das englische Volk für die Entwicklung dieser Hilfsquellen nur beschränkte Anstrengungen zu machen bereit war. Auch dafür gibt es viele Entschuldigungen. Ich habe oft daran gedacht, daß vieles im heutigen England aus der Tatsache erklärt werden kann, daß die Briten die einzige Nation sind, die in beiden großen Kriegen vom ersten bis zum letzten Tage gekämpft hat, ohne besiegt worden zu sein. So bemerkt man an ihnen nun die völlige Erschöpfung und die Selbstgefälligkeit des Siegers. Sie haben nie den heilsamen Anreiz einer Niederlage oder gar einer Besatzung gehabt. Wo immer die Gründe liegen mögen, es scheint eine Tatsache, daß das englische Volk in den letzten Jahren Frieden, Ruhe und Muße höher wertet als die anstrengenden Tugenden von Kampf und Mühe.

Manchen Leuten in London schiene die Annahme eines solchen Verhältnisses unerträglich erniedrigend. Aber warum eigentlich? Sind die Australier während all dieser Jahre erniedrigt worden? Man erinnert sich an Gelegenheiten, wo sie sehr gereizt waren, und wo ihre Zurückhaltung, eine ihrer Nationaleigenschaften, doch eine gewisse Heftigkeit des Ausdrucks nicht unterdrücken konnte. Aber ich erinnere mich im Augenblick nicht, je einen Australier getroffen zu haben, der sich erniedrigt fühlte. Aber das Verhältnis von Australien zu England, nach Bevölkerungszahl, Volksvermögen und Militärpotential gleicht dem Verhältnis von England zu Amerika. Die Engländer sind mit Recht stolz auf die Stärke und Weisheit ihrer Commonwealthbeziehungen. Ist das nur für den Kleinen gut genug?

Wenn man dies als eine präzise Beschreibung des neuen Verhältnisses und als Modell für das praktische Funktionieren nehmen könnte, dann bedürfte es sehr weitreichender psychologischer Anpassungen zu beiden Seiten des Atlantik. Ich wende mich nun der amerikanischen Seite des Falles zu, aber zunächst muß ich mich mit einigen Aspekten der englischen kollektiven Haltung beschäftigen. Wenn ich hier im wesentlichen über England schreibe, dann soll das nicht heißen, daß es im englisch-amerikanischen Verhältnis irgendwelche Einseitigkeiten geben sollte oder könnte. Ziemlich das gleiche könnte man, mutatis mutandis, von der französischen Haltung schreiben, aber meine persönlichen Kenntnisse erstrecken sich in der Hauptsache auf England.

Das sieht man sehr deutlich im wirtschaftlichen Bereich. Bei allem, was erreicht wurde, hat man sich beständig gestraubt, entweder durch zusätzliche Produktion oder durch geringeren Verbrauch, genügend Hilfsmittel für die Verwirklichung des doppelten Wirtschaftsprogramms zu schaffen: Aufholung von Rückständen in der Kapitalausrüstung und genügender Absatz im Ausland, um die notwendigen Einfuhren zu bezahlen. Das Land hat nie ganz das Einkommen verdient, auf dessen Genuß es nicht verzichten wollte.

Ganz ähnlich war es im politischen Bereich. Hier geschah es in der Form, daß England eine Position und ein Prestige in der Welt anstrebte, die seinen tatsächlichen Kräften in der Nachkriegszeit nicht entsprachen. Ob sich die Engländer wirklich darüber klar sind, daß sie die ganze Bürde einer Großmacht tragen wollen, ist eine Frage, die man ihnen nie klar und deutlich gestellt hat. Aber sicher war man in offiziellen Kreisen in Whitehall entschlossen, keine Minderung des Status, den England einmal innegehabt hat, zuzugeben, und man war auch nicht bereit zuzugeben, daß die Beschränkungen der Stärke Englands nicht nur vorübergehend sein könnten. Besonders unter den höheren Beamten des Foreign Office wurde

die Sorge um Fragen des Status und des Prestige fast zu einer Manie. Dies steckt hinter manchen Zügen der englischen Politik der Nachkriegsjahre, die anders nur schwierig zu erklären wären — zum Beispiel das lange Widerstreben gegen die Teilnahme an irgendeinem Projekt europäischer Integration, denn eine solche Haltung hätte als Eingeständnis erscheinen können, England sei auch nur eine europäische Nation.

Diese Haltung ähnelt der Psychologie der alternden Schauspielerin, die sich nicht eingestehen will, daß sie die Heilige Johanna nicht mehr spielen kann, und die öffentlich dagegen ist, daß irgendjemand anders die Rolle versucht. Wunder geschehen natürlich zuweilen. Sarah Bernhardt spielte Napoleons jungen Sohn in „L'Aiglon“, und das in einem Rollstuhl. Man kann sich vorstellen, daß Sir Winston Churchill dasselbe tun könnte — aber niemand anders in der heutigen englischen Politik. Prestige ist nicht etwas, das aus sich heraus existiert, oder das man sich dadurch sichern kann, daß man es verlangt. Es ist eine Ehre, die einem von anderen verliehen wird, und kann mit keinem anderen Mittel als nur durch Verdienste geschaffen oder erhalten werden. Tatsächlich erreicht man es am besten, wenn man es nicht sucht. Es ist wie beim Einfädeln, je heftiger man probiert, um so weniger geht es. In den letzten Jahren hatte man häufig das Gefühl, daß das Foreign Office und die konservativen Politiker, die ihm durch Familientradition oder Beruf verbunden sind, mehr mit den gefühlsmäßigen Obertönen der Weltpolitik als mit ihrem wirklichen Inhalt beschäftigt waren. Aber Berufsdiplomaten werden bezahlt, damit sie die Tatsachen kennen, und ihnen realistisch ins Auge sehen; man nimmt zwar an, daß die Öffentlichkeit zuweilen dumm und gefühlsmäßig reagiert. Es ist aber eine gefährliche Sache, wenn die Rollen vertauscht werden, und das führt zu solch völlig falscher Beurteilung der Lage, wie sie im Herbst in London begangen wurde.

Ein anderer Ausdruck dieser merkwürdigen Existenz jenseits der wirklichen Welt, in der die englische Politik geführt wurde, ist der feste Glaube, den man in jedem Londoner Club hören kann, daß die Welt ohne englische Führung nicht auskommen kann. Wir mögen im Augenblick zwar schwach sein, so argumentiert man, aber die Welt schätzt unsere Weisheit, Erfahrung und selbstlosen Ziele immer noch höher als die jeder anderen Regierung. Dieser Glaube wird manchmal durch jenen besonders beschränkten Typ des ausländischen Besuchers genährt, der auf dem Weg zu seinem Schneider in Savile Row die Klubs besucht. Aber ich glaube, daß jeder, der in der Welt herumkommt, bald feststellen kann, daß das einfach nicht den Tatsachen entspricht. Um es ganz genau zu sagen: Ich habe in anderen Ländern nicht beobachten können, daß man glaubte, die englische Politik seit dem Krieg sei im Vergleich besser gewesen als die amerikanische. Im Gegenteil, ich werde öfter aufgefordert, ihre verwirrende Unlogik zu erklären, als ihren Lobgesängen zu lauschen.

England ist keine Supermacht mehr

Wenn das Bündnis auf einem festeren Fundament aufgebaut werden soll, dann muß man, so scheint mir, von England in erster Linie die Bereitschaft zur Anerkennung der Tatsachen erwarten. England ist keine Supermacht mehr. Es bildet vielleicht eine Klasse für sich, aber es ist nicht die höchste Klasse, noch eine Klasse, die ihm den Luxus völliger Handlungsfreiheit gestattet. Es ist nicht stärker als die Hilfsquellen, über die es verfügt, und die es zum Tragen bringen will und kann. Es genießt nicht mehr Respekt, als seine Taten rechtfertigen — und es ist das Urteil anderer Nationen über seine Politik und seine Taten, die für sein Prestige zählen, nicht sein eigenes Urteil.

Es klingt einfach: den Tatsachen ins Auge schauen. Aber es ist in Wirklichkeit ein höchst schwieriges psychologisches Unterfangen, und ich möchte nach meinen strengen Urteilen über England die Freunde Englands bitten, Geduld zu üben. In England leben und arbeiten heute noch Männer, deren Weltbild zur Zeit des Diamantenen Regierungsjubiläums der Königin Viktoria geformt und gefestigt wurde. Die Männer, die heute die Führung innehaben, wuchsen unmittelbar vor, während und unmittelbar nach dem Krieg des Kaisers heran. Eine der großen Schwierigkeiten dieser schnellebigen Welt liegt darin, daß Menschen immer Rezepte verschreiben für das Gestern, das sie verstehen, und nicht für das Heute, das sie nicht verstehen. Darüber hinaus dauert es viel länger, sich unangenehmen Realitäten anzupassen, als steigender Prosperität. Dieser Prozeß kann vielleicht nur durch eine Reihe von Schocks vorangetrieben werden, und es kann sein, daß die Ereignisse dieses tragischen Herbstes ihre Schockwirkung auf den Prozeß geistiger Anpassung in London ausüben.

Vielleicht würden auch die Engländer den Prozeß leichter finden, wenn sie die Kunst der offenen Kritik kultivierten. Es wäre natürlich absurd zu behaupten, es gäbe in England nicht sehr viel Antiamerikanismus. Aber er war unzusammenhängend, unsystematisch und unverantwortlich. Ich glaube daran, daß manches davon verschwinden würde, wenn es in der Regierung und im Foreign Office größere Bereitschaft gäbe, bei einer Meinungsverschiedenheit mit Washington die englische Seite des Falles in aller Öffentlichkeit mit allen dazugehörigen Tatsachen darzustellen. Der Suezkonflikt liefert ein deutliches Beispiel für das, was ich meine. Nach der Explosion wurde es deutlich, daß die englische und die französische Regierung, nach ihrer eigenen Meinung, durch die Schwäche und Unstabilität der amerikanischen Politik zur Verzweiflung getrieben worden waren. Wären die Rollen vertauscht gewesen, dann wären lange und zuverlässige Artikel in der amerikanischen Presse erschienen, die den Fall ausführlich mit Namen und Daten dargestellt hätten. In England aber waren die unterrichteten Kreise irritiert und dieses Gefühl schlug sich in Karikaturen und versteckten Hinweisen nieder, ohne daß irgendjemand eine Chance gehabt hätte,

zu erfahren, was hier recht und was unrecht war. Sogar bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ich dieses schreibe, habe ich die einzigen vernünftigen und logischen Darstellungen der britischen Position gegen Dulles in Artikeln amerikanischer Korrespondenten in der amerikanischen Presse gefunden. Diese merkwürdige und schädliche Zurückhaltung kommt teilweise aus der langen Tradition des Foreign Office im „zudecken“, und teilweise aus dem Glauben, daß „es zu nichts führt, etwas an die Öffentlichkeit zu bringen“ — letzteres mag in anderen Hauptstädten der Welt richtig sein, in Washington bestimmt nicht. Die Technik der offenen Diplomatie in der modernen Zeit erfordert einmal Offenheit zwischen den öffentlichen Meinungen, zum anderen Freimut der Diplomaten untereinander.

Ich komme nun zu den psychologischen Anpassungen, die nach meiner Meinung in den Vereinigten Staaten nötig sind, wenn das Bündnis wirksam wiederaufgebaut werden soll. Und wenn ich dabei strenger bin, als es ein Ausländer sein sollte, dann hoffe ich, daß die langen Jahre, in denen ich der englischen Öffentlichkeit die amerikanische Politik erklärt und sie oft verteidigt habe, als Entschuldigung gelten dürfen.

Der Text, von dem ich ausgehen möchte, sind zwei Auszüge aus einem Bericht von James Reston, dem Washingtoner Hauptkorrespondenten der New York Times, vom 12. November 1956. Ich möchte betonen, daß ich mich nicht mit James Reston streite, der die Haltung des offiziellen Washington mit Präzision und der Einsicht wiedergab, die ihm seinen großen Ruf eingetragen haben.

„Von hier aus betrachtet“ schrieb James Reston „lag in der offiziellen Haltung von Lon-

don und Paris gegenüber Washington immer ein gewisses Maß von Herablassung. Natürlich hat es niemand so offen gesagt, aber man hatte hier das Gefühl, daß London und Paris die Vereinigten Staaten als den großen, mächtigen und idealistischen, aber etwas naiven Partner betrachteten, der die Tatsachen des internationalen Lebens nicht so ganz begriff...“ Aus dem, was ich weiter oben gesagt habe, folgt, daß nach meinem Dafürhalten in diesem Vorwurf eine gewisse Wahrheit liegt. Jedenfalls würde ich nicht versuchen, das zu bestreiten — obgleich ich hinzufügen möchte, daß jeder Engländer, der nach Amerika kommt, sich daran gewöhnt, der Herablassung geziehen zu werden, wenn er nichts dergleichen beabsichtigt. Selbst wenn dies völlig stimmt, finde ich es sehr beunruhigend, daß man dies ernstlich anführt unter den vier oder fünf Faktoren, die die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Bündnis der freien Völker bestimmen. Wenn sich das State Department ebenfalls von Gefühlen leiten läßt, dann finde ich diese Tatsache noch beunruhigender, und sogar weniger zu entschuldigen als beim Foreign Office. Sicher sind die Vereinigten Staaten stark genug, und ihrer Stärke gewiß, um mit den Engländern und Franzosen Nachsicht zu haben, während sie ihre schmerzvollen Anpassungen vollziehen. Wenn wir nicht nur unter einem neuen englischen Minderwertigkeitskomplex zu leiden haben, sondern auch unter den Überresten des amerikanischen Minderwertigkeitskomplexes aus dem neunzehnten Jahrhundert, dann wird die Aufgabe bestimmt schwierig. Wenn das Rezept für das Foreign Office lautet, eine von Gefühlen nicht beeinflusste Einschätzung der Realitäten vorzunehmen, so gilt das gleiche gewiß auch für das State Department.

Grenzen der Bündnismöglichkeit

Im selben Bericht schrieb James Reston: „Während die Regierung (der Vereinigten Staaten) bereit ist und sogar darauf dringt, das Bündnis wiederaufzubauen, glaubt sie andererseits doch, daß das Bündnis auf der Voraussetzung basieren muß, daß es in manchen Gebieten der Welt Fragen gibt, in denen die Interessen Washingtons und die Interessen von London und Paris nicht immer völlig übereinstimmen. Kurz, man hat hier das Empfinden, daß das Bündnis auf einer realistischen Basis wiederaufgebaut werden kann, wenn die Ereignisse der letzten Tage bewiesen haben, (1) daß die sowjetische Bedrohung in Europa so groß ist wie vorher und im Mittleren Osten noch größer geworden ist, (2) daß die Vereinigten Staaten, England und Frankreich daran interessiert sind, dieser Bedrohung gemeinsam gegenüberzutreten, aber (3) daß dieses gemeinsame Interesse nicht bedeutet, daß England und Frankreich von den Vereinigten Staaten bei irgendeiner oder allen Aktionen in Nordafrika, dem Mittleren Osten und Asien unterstützt werden.“

Wiederum kann es keinen Streit geben über die Richtigkeit dieser Feststellung. Aber wenn es nur bei dieser Feststellung bleibt, könnte es so aussehen, als ob man von dem Bündnis erwarte, daß es gilt für Fälle, die die Vereinigten Staaten für wichtig halten, aber nicht für Fälle, die England und Frankreich für wichtig und vielleicht sogar für ihre Existenz für entscheidend halten. Wenn das die amerikanische Haltung ist, dann gibt es dafür mancherlei Berechtigung. Wer den Spielmann bezahlt, hat ein Recht zu sagen, was nicht gespielt wird, und was gespielt wird. Aber wenn man diese Haltung wirklich einnimmt, dann kann man nur schwer sehen, wie man zu einem wirksamen Bündnis kommen soll.

Hier kommen wir an die andere Grenze der Bündnismöglichkeit. Wenn es für England und Frankreich dringend notwendig ist, zu erkennen, in welchem Maße sie von den Vereinigten Staaten abhängig sind, und sich auf diese Tatsache einzustellen, dann ist es für die Vereinigten Staaten dringend notwendig, zu erkennen, daß ihre Verbündeten nicht völlig abhängig

sind. Niemand kann einem anderen diktieren, was er für lebenswichtig halten soll. Washington schätzt vielleicht manche Dinge nicht, die England und Frankreich für wichtig halten, aber Washington kann sie daran nicht hindern. Auch einer anderen Tatsache kann sich Washington nicht verschließen: Wenn England und Frankreich nicht amerikanische Hilfe, oder zumindest amerikanische Sympathie, in den Fragen erhalten, die sie für entscheidend halten, dann werden sie auch keine guten Bundesgenossen in den Fällen sein, die Washington für wichtig hält. Litwinow sagte immer: „Der Frieden ist unteilbar“. In demselben Sinn (und in ungefähr demselben Ausmaß) ist ein Bündnis unteilbar.

Dies darf man nicht zu weit treiben. Ich möchte nicht sagen, daß das State Department immer nach der französisch-englischen Pfeife tanzen muß. Es ist offenkundig, daß das stärkste Mitglied eines Bündnisses auch am meisten zu sagen haben muß bei der Festlegung der Politik, und das State Department hat viel mehr Freiheit, die täglichen Wünsche des Foreign Office oder des Quai d'Orsay außer acht zu lassen oder zu überstimmen, als beide zukünftig zu besitzen glauben, wenn sie sich gegen Washington wenden. All das gehört zu einem Bündnis zwischen ungleichen Partnern. Aber bei einem Bündnis ist es logisch, daß die dauernden Lebensinteressen der schwächeren Partner zu dauernden Lebensinteressen der Vereinigten Staaten werden müssen. Es mag möglich sein, bestimmte und anerkannte Ausnahmen festzulegen — Angelegenheiten, in denen ein Mitglied des Bündnisses von Anfang an weiß, daß es auf sich allein gestellt ist — wenngleich mir diese Möglichkeit zweifelhaft erscheint, so sehr hängen die Probleme der westlichen Welt miteinander zusammen. Aber wenn ein nationales Lebensinteresse eines Mitgliedes des Bündnisses nicht von dessen Wirkungskreis ausgeschlossen ist, dann kann dieses Interesse nur unter Gefährdung des Bündnisses außer acht gelassen werden. Die Unruhen dieses Herbstes sind durch die Tatsache verursacht worden, daß die englische und die französische Regierung glaubten, eines ihrer wesentlichen Lebensinteressen werde von der Regierung der Vereinigten Staaten weder verstanden noch unterstützt, deren Politik vielmehr darauf berechnet schien, sie zur Kapitulation zu überreden. Ob diese Gedanken richtig oder falsch waren, weiß ich nicht. Aber ich wage hier die Kritik an der amerikanischen Diplomatie, daß sie den Eindruck erweckte, sie beschäftige sich nur mit den eigenen Interessen der Vereinigten Staaten, und das in einem sich gefährlich erweisenden Ausmaß. Manche Amerikaner würden sagen: Wenn es so war, dann war es genau, wie es sein sollte. Das mag sein; aber das ist keine mögliche Haltung für den Führer eines Bündnisses.

Die von den Vereinigten Staaten verlangte psychologische Anpassung wird häufig als Be-

reitschaft beschrieben, die Verantwortung der Führung zu übernehmen. Das scheint mir eine Übersimplifizierung. Sicherlich ist bei den Amerikanern eine große Bereitschaft vorhanden, zuweilen auch zuviel Ungeduld. Ich würde eher sagen, daß es hier der Erkenntnis bedarf, ein Führer kann nicht immer seine Verpflichtungen bestimmen und abgrenzen nur auf Grund der Tatsache seiner Führung. Er kann nicht einfach nur dann führen, wenn es ihm paßt. Er muß auch dann führen, wenn er dem Problem viel-

Mindestforderungen des Westens

Psychologische Haltungen sind meines Erachtens etwas Grundlegendes, und darum entschuldige ich mich nicht dafür, daß ich ihnen soviel Raum gewährt habe. Aber sie sind natürlich nur wichtig, weil sie Handlungen und Politik formen und bestimmen. Um nicht den Eindruck zu erwecken, daß ich völlig in der Luft bleibe, möchte ich schließen mit einem kurzen Hinweis auf Gebiete, in denen, wenn man sich in den Haltungen erst einmal umgestellt hat, ein wiederhergestelltes Bündnis eine neue Politik begründen könnte.

Es gibt drei Unruheherde in der Welt — Europa, der Ferne Osten und der Mittlere Osten. Nach meinem Urteil haben die Vereinigten Staaten in Europa ihren Verbündeten eine starke und einsichtige Führung gegeben, denen sie im allgemeinen gern, und im allgemeinen mit Erfolg gefolgt sind. Im Fernen Osten haben die Vereinigten Staaten geführt, aber so, daß die Verbündeten sie zeitweilig weder verstehen, noch ihr folgen konnten. Im Mittleren Osten hat man überhaupt nicht geführt.

In Europa gibt es also keine größeren Aufgaben für einen Wiederaufbau. Ich leugne nicht, daß die Politik und ihre Anwendung täglich neu geprüft werden müssen. Aber ich glaube nicht, daß es im Bündnis irgendeine Krise gibt.

Im Fernen Osten nähert sich vielleicht der Zeitpunkt, in dem man endlich eine gemeinsame und umfassende Politik ausarbeiten könnte. Ich möchte die amerikanische Politik in diesem Gebiete auch nicht von vielen Widersprüchen und Irrtümern freisprechen. Aber in der englischen Politik dort gibt es ebenfalls einen Kardinalfehler, dem man m. E. nie die Aufmerksamkeit geschenkt hat, die er verdient. Die englische Regierung ist der Auffassung, sie könne ihre Verpflichtungen im Fernen Osten begrenzen, sie müsse nicht Stellung beziehen. Das ist nicht nur absurd aus den allgemeinen Gründen, die ich oben entwickelt habe, sondern auch aus dem sehr speziellen Grunde, daß England in diesem Gebiet in Gestalt von Hongkong eine Verpflichtung übernommen hat. Es gibt eine Verschwörung des Schweigens um Hongkong. Aber die Tatsachen sind doch erstens, daß die chinesischen Kommunisten bestimmt eines Tages ihre Ansprüche darauf geltend machen

lieber ganz und gar ausweichen möchte. Und er muß so führen, daß man ihm folgen kann und wirklich folgt. Die Berufspolitiker der Vereinigten Staaten anerkennen diese Grundregeln in der Innenpolitik. Sie wissen, daß ein politischer Führer seine Partei nur zusammenhalten kann, wenn er die ganze Zeit auf dem Posten ist, und wenn er dafür sorgt, daß seine Anhänger immer einigermaßen mit ihm zufrieden sind. Die Realitäten der menschlichen Natur sind auf der internationalen Ebene genau dieselben.

werden, und zweitens, daß es dann weder einfach übergeben, noch ohne amerikanische Hilfe verteidigt werden kann. Augenblicklich zeigt Amerika sichtlich keinerlei Interesse, Hongkong in die Hände der Kommunisten fallen zu lassen, und England zeigt dieselbe Haltung gegenüber Formosa. Aber beide Länder müssen wissen, daß sie tatsächlich mit dem Geschick des anderen verbunden sind. Geht es wirklich über die Kräfte des gesunden Menschenverstandes der Diplomatie, aus diesen Materialien eine Politik zu formen?

Am allernötigsten ist jedoch eine Politik für den Mittleren Osten. Ein offenkundiges Ergebnis des Unglücks vom November ist, daß die Vereinigten Staaten nun der einzige wirksame Verteidiger der Interessen des gesamten westlichen Bündnisses in jenem Gebiet sind. Ich habe in den letzten Jahren mehr als einmal geschrieben, daß, wenn die Vereinigten Staaten nur eine umfassende und einsichtige Politik für den Mittleren Osten vorschlagen würden, England und Frankreich sie befolgen sollten, wie sie auch aussähe. Jetzt haben sie keine Wahl und Amerika auch nicht.

Die Fragen sind sehr peinlich, aber sie müssen beantwortet werden. Ist es absolut entscheidend für die freien Nationen des Westens, oder nicht, ob ihr Einfluß im Mittleren Osten mindestens genau so groß ist wie der Rußlands? Können sie hoffen, sich bei einer künftigen Krise gegenüber der Sowjetunion zu behaupten, wenn die Russen in jedem Augenblick das Öl des Mittleren Ostens abschneiden und den Suezkanal schließen können? Wenn die Antworten so lauten, wie sie es offenkundig tun, an welchem Punkte betrachtet der Westen dann seine Lebensinteressen als unannehmbar geschädigt? Wäre ein sowjetisches Bündnis mit Syrien eine unerträgliche Gefahr? Und wenn man dann einmal die Mindestforderungen des Westens formuliert hat, wie kann man sie dann sicherstellen? Kann man das mit Freundschaft allein? Gibt es Bedingungen, die die Anwendung von Gewalt rechtfertigen? Gibt es unter allen Umständen nur die Möglichkeit, Politik innerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen zu führen? Diese Fragen hätten schon vor langer Zeit beantwortet werden müssen. Sie werden nicht mehr länger warten.

RICHARD H. NOLTE

Jahr der Entscheidung im Mittleren Osten

Aus der amerikanischen Zeitschrift „THE YALE REVIEW“ (Winter 1957) übernehmen wir mit Genehmigung des Verlages die beiden folgenden Beiträge: Richard H. Nolte, „Jahr der Entscheidung im Mittleren Osten“, Robert Strausz-Hupé, „Eine politische Konzeption für den Westen“. Copyright Yale University Press.

Ende Dezember letzten Jahres behauptete Dr. Charles Malik, der libanesischer Staatsmann und Philosoph, 1956 werde für den Mittleren Osten ein Jahr der Entscheidung. Offensichtlich hatte er recht.

Wahrscheinlich wird der künftige Historiker im Rückblick feststellen können, daß es der Sowjetunion nach fast zweihundertjährigen Bemühungen schließlich in diesem Jahr gelang, sich in den Angelegenheiten des Mittleren Ostens als die beherrschende Macht festzusetzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er auch beobachten, daß dieser riesige Erfolg selbst mit all seinen bitteren Folgen für den Westen und den Mittleren Osten in erster Linie das Ergebnis von Fehlern der westlichen Politik war.

Manche werden behaupten, der sowjetische Aufstieg zur Herrschaft sei in jedem Falle unvermeidlich gewesen, sei es infolge des kommunistischen Erfolges und des westlichen Versagens gegenüber den wachsenden nationalistischen Kräften in der arabischen Welt, sei es

aus anderen Gründen. Aber das erklärt weder die Plötzlichkeit des sowjetischen Riesenschrittes nach vorn, noch warum er zu diesem besonderen Zeitpunkt geschah. Die Erklärung liegt in der Suezkrise und den ihr vorausgehenden Ereignissen. Obwohl das Geschehen in der Weltpresse Tag für Tag veröffentlicht wurde, ist es von Nutzen, die Folge der Ereignisse einmal im Ablauf des Jahres zu betrachten.

Für die Diskussion zerfällt die Entwicklung der Krise ganz natürlich in vier miteinander verbundene Stadien:

Die russische Demonstration einer Politik „begrenzten Interesses“ im Mittleren Osten während der Monate April, Mai und Juni;

der Beginn einer amerikanischen Politik der „Unnachgiebigkeit“ gegenüber Ägypten im Juli;

der ägyptische Gegenvorschlag gegen die Suezkanal-Gesellschaft und die wütende Reaktion der Engländer und Franzosen, die die eigentliche Krise bildet.

Als Außenminister Schepilow im Juni Kairo, Damaskus und Beirut besuchte, wurde vertraulich festgestellt, daß die Hauptaufgabe seiner Reise sei, den Arabern volle Unterstützung für ihren Streit mit Israel zu versprechen; und dieser weitverbreitete Glaube erklärt die Begeisterung, mit der er überall, wo er hinkam, begrüßt wurde.

Aber als Schepilow Ende Juni von Beirut abflog, hatte er es abgelehnt, sich öffentlich festzulegen und im internen Kreise klargemacht, daß Rußland kein Interesse habe, denen durch einen Krieg im Mittleren Osten gedient würde, und daß Rußland nicht die Zerstörung Israels erwäge. Sowjetische Hilfe für die Araber in Gestalt von Waffen, wirtschaftlicher und technischer Hilfe und politische Unterstützung werde weiterhin gewährt, um die arabische Verhandlungsposition gegenüber Israel und dem Westen zu stärken; denn die Sowjets dachten an Verhandlung und nicht an Krieg.

Die eindeutige Demonstration russischer Zurückhaltung im Mittleren Osten bereitete den Schauplatz für die folgende Suez-Krise: sie ermöglichte die Annahme einer amerikanischen Politik der „Unnachgiebigkeit“ gegenüber Ägypten. Der erste scharfe Beweis der neuen Linie war die Zurückziehung des amerikanischen Angebots, bei der Finanzierung des Assuan-Dammes zu helfen, eines riesigen Bauwerks im Wert von 1,3 Milliarden Dollar, das oberhalb des jetzigen Assuan-Dammes in Südägypten gebaut werden sollte. Als Ausweg aus dem erdrückenden Problem von Überbevölkerung und Unterproduktion ist der Assuan-Damm für die Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung: er würde das anbaufähige Land um ein Drittel vergrößern, das Volkseinkommen verdoppeln, und die Stromerzeugung um das Achtfache vergrößern; der Damm ist das Hauptsymbol der Revolution und des Oberst Nasser an ihrer Spitze.

Unter den Voraussetzungen des Kalten Krieges, wie sie ein Jahr vorher herrschten, war es vom amerikanischen Standpunkt aus sehr wünschenswert, daß der Westen und nicht die Sowjetunion den Nutzen aus der Teilnahme an

Eindeutige Demonstration russischer Zurückhaltung

Die Folge der Ereignisse beginnt mit dem gefährlichen Steigen der Spannung entlang der arabisch-israelischen Grenze im Winter und Frühling 1955/56 (im wesentlichen als Folge großer Waffenlieferungen des Sowjetblocks an Ägypten), und findet ihren Höhepunkt in der israelischen Bombardierung von Gaza und der Vergeltung durch Kommandoaktionen in Israel der in Ägypten ausgebildeten Palästinenser Anfang April. Als Antwort auf den offenkundig drohenden Krieg und die zu erwartende westliche Intervention ließ die Sowjetunion keine Zweifel an ihrer Stellungnahme aufkommen. Die Erklärung vom 17. April stellte fest, daß *„die Sowjetunion es im Interesse der Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit für notwendig erachtet, auf eine stabile friedliche Regelung der Palästinafrage in einer allseitig annehmbaren Form hinzuwirken und dabei die gerechten nationalen Interessen der beteiligten Parteien zu berücksichtigen“*. Zu

diesem Ziele würde die Sowjetunion in der UNO und anderswo beitragen. Wenige Tage später erörterte das britisch-russische Kommuniqué, das in London nach dem Besuch von Bulganin und Chruschtschow herausgegeben wurde, die gleiche Ansicht.

Nach dem Wortlaut der Erklärung bezogen die Sowjets dieselbe Stellung wohlwollender Neutralität, die der Westen und Israel selbst solange eingenommen hatten; und die Araber waren enttäuscht. Aber sie waren nicht überzeugt. Sie waren nicht überzeugt, denn nach ihrer Ansicht erforderte die ganze Logik des Kalten Krieges eine sowjetische Unterstützung der Araber gegen die „zionistischen Aggressoren“ und ihre „imperialistischen“ westlichen Hintermänner. Mit Ausnahme der gewitzteren unter ihnen schrieben sie die April-Erklärung als ein taktisches Manöver ab, das ausschließlich Propagandazwecken diene.

einem Projekt von solch fundamentaler Bedeutung erntete. Als ägyptische Sprecher im Oktober letzten Jahres mitteilten, die Sowjetunion habe angeboten, bei der Finanzierung des Assuan-Dammes zu helfen, ließen die Vereinigten Staaten infolgedessen sofort verlauten, sie seien bereit, einen „substantiellen Beitrag“ zu leisten. Die Internationale Bank war auch bereit zu helfen und schickte sofort zwei Sachverständige nach Kairo, um die Dinge zu besprechen.

Das ungewöhnliche Tempo der Antwort der Vereinigten Staaten entsprang zweifellos der Lektion des früheren sogenannten „tschechischen Waffenankaufs“. Nachdem Nasser im Juli 1954 ein Abkommen mit den Briten über den Stützpunkt in der Kanalzone abgeschlossen hatte, probierte er ein ganzes Jahr lang, die von den Amerikanern versprochene Militärhilfe zu annehmbaren Bedingungen zu bekommen. Inzwischen war die militärische Überlegenheit Israels beim ersten großen Angriff gegen ägyptische Streitkräfte im Februar 1955 unter Beweis gestellt worden. Der Angriff und die darauffolgenden Kämpfe machten Waffen dringend erforderlich, wenn Nasser die patriotische Loyalität der Armee erhalten wollte, auf die seine revolutionäre Führung in Ägypten aufgebaut war. Schließlich boten die Vereinigten Staaten im Sommer 1955 Waffen an im Werte von 27 Millionen Dollar, unter der Bedingung, daß Nasser sie sofort in Dollars bezahlte. Das war unmöglich, und Nasser wandte sich mit dem wohlbekannten Resultat nach Osten. Washington reagierte erschrocken mit der Entsendung des stellvertretenden Außenministers Allen nach Kairo, nachweislich mit einem erneuerten Waffenangebot; aber es war zu spät, und das einzige Ergebnis war der Beweis, wie empfindlich Amerika gegenüber einem sowjetischen Eindringen in den Mittleren Osten reagierte. Die Hinweise des Botschafters der Vereinigten Staaten Byroade auf Nassers Notlage und die sowjetische Alternative waren als Bluff entlarvt. Infolgedessen, so glaubt man, wollten die Vereinigten Staaten nicht denselben Fehler noch einmal machen, als das sowjetische Hilfsangebot für den Dammbau angekündigt wurde; das Resultat war das schnelle Gegenangebot.

Es wurde im Dezember letzten Jahres konkretisiert. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien boten Hilfgelder in Höhe von 56 Millionen, bzw. 14 Millionen Dollar für den ersten Bauabschnitt an. Im Januar trafen die ägyptische Regierung und die Internationale Bank ein Abkommen über eine 200-Millionen-Dollar-Anleihe, rückzahlbar zu einem Zinssatz von vier Prozent. Weitere Hilfgelder und Anleihen waren mit dem Fortgang der Arbeit zu erwarten. Aber die Ägypter schoben die Annahme des englisch-amerikanischen Angebots auf — bis es zu spät war. Vermutlich hofften sie, entweder vom Westen oder von der Sowjetunion etwas Besseres herauszuholen. Wenn dem so war, so schien das Wartespiel eine Zeitlang erfolgreich. Während Schepilows Besuch in Kairo im Juni meldeten ägyptische Zeitungen

ein neues russisches Angebot: ohne irgendwelche Bedingungen daran zu knüpfen, würde die UdSSR die gesamten Kosten des Damms finanzieren, rückzahlbar (nach einem zehnjährigen Moratorium) in Baumwolle, mit zwei Prozent über einen Zeitraum von 20 Jahren.

Das russische Angebot schien zu schön um wahr zu sein. So war es auch. Es ist inzwischen deutlich geworden, daß es nie ein wesentliches russisches Angebot gegeben hat und daß alles eine ägyptische Erfindung war, darauf abge-

Fehlschlag der ägyptischen Politik

Die ägyptische Politik schlug fehl, weil die Voraussetzungen, auf denen sie basierte, sich als ungültig erwiesen. Die Voraussetzung war die nie endende und alles überschattende Spaltung zwischen dem Westen und dem Sowjetblock, die von Ägyptern und Arabern auf unbestimmte Zeit ausgenützt werden konnte. Aber im April, Mai und Juni hatten die Russen deutlich gemacht, daß sie das ägyptisch-arabische Spiel nur in begrenztem Umfang spielen würden; und vom amerikanischen Standpunkt aus lockerte das den Druck. Es war nicht mehr nötig, für die Ägypter zu sorgen; und um den Wandel der Politik zu markieren, wurde das Staudamm-Angebot zurückgezogen.

Wenn die Russen den Rückzug möglich gemacht hatten, so ließen andere Faktoren ihn wünschenswert erscheinen. Viele Amerikaner waren gegen die Hilfe ihrer Regierung für den Bau des Staudamms. Zunächst kam die Opposition von Baumwollinteressen, Pro-Zionisten und Leuten, die an der Auslandshilfe sparen wollten; ihre Zahl stieg infolge des Verhaltens und der Ansichten der Ägypter: das offenkundige Feilschen, die antiwestliche Propaganda und die Anerkennung Rotchinas im Mai. Die Türkei, der Iran und Pakistan waren verärgert über solch eine Rosine für einen feindlichen Neutralisten. Damit sie nicht verfielen, waren die Hilfgelder anderweitig ausgegeben worden.

Der tschechische Waffenankauf, der ursprünglich 80 Millionen Dollar betragen sollte, betrug tatsächlich 250 Millionen; und die Rückzahlung dieser Summe erlegte der ägyptischen Wirtschaft eine zu große Last auf, als daß gleichzeitig der Damm hätte gebaut werden können. Und außerdem gab es noch andere Gründe.

Alle diese Argumente traten deutlicher zutage, und in Washington überlegte man eine neue Politik. So erkannte Nasser mit der Zeit seinen drohenden Verlust und suchte ihn zu verhindern. Er drängte nachweislich Präsident Black von der Internationalen Bank (der während Schepilows Besuch für einen Tag in Kairo war), seinen Einfluß geltend zu machen für ein schnelleres Handeln der Vereinigten Staaten. Um die letzte Chance wahrzunehmen, schickte

stellt, die amerikanischen Befürchtungen gegenüber dem Kalten Krieg auszunutzen. War es im Oktober noch erfolgreich, so versagte das ägyptische Pokerspiel im Juni. Es gab kein neues Gegenangebot des Westens. Es gab immer noch kein echtes Angebot von den Russen. Aber noch schlimmer war, daß es keinen Anhaltspunkt für die Bereitschaft der Vereinigten Staaten gab, ihr ursprüngliches Angebot aufrechtzuerhalten. Oberst Nasser hatte zu hoch gespielt.

er Botschafter Hussein zurück nach Washington mit der Weisung, das Damm-Angebot anzunehmen. Er wollte „den amerikanischen guten Willen auf die Probe stellen“.

Es war zu spät. Als der ägyptische Botschafter beim Außenministerium vorsprach, erhielt er die brüske Auskunft, das Angebot sei zurückgezogen worden. Ägypten hatte (nach der Nilstaudamm-Erklärung vom 19. Juli) keine Übereinkunft über Nilwasserrechte mit anderen Uferstaaten erreicht (obgleich diese, streng genommen, keine Vorbedingung für die Hilfeleistung während der ersten Bauperiode gewesen war), und Ägyptens Möglichkeit, „ausreichende Hilfsmittel bereitzustellen, um den Erfolg des Projektes zu sichern, sei weniger gewiß als zu der Zeit, als das Angebot gemacht wurde“. Peinlicherweise meldeten die Briten zur gleichen Zeit, daß sie ihr Angebot aufrechterhielten, aber als sie von der amerikanischen Aktion erfuhren, zogen sie sich sofort und bereitwillig zurück. Das Anleiheabkommen mit der Internationalen Bank, das noch im Juni erneut bestätigt worden war, wurde ebenfalls zurückgezogen, da es von der amerikanischen und britischen Hilfe abhängig war.

Eine Schock- und Zorneswelle ging über Ägypten, nicht so sehr wegen der Tatsache der Zurückziehung als wegen der Art ihrer Durchführung. Angesichts so vieler Möglichkeiten, sie zu verschieben oder zurückzutreten, war die amerikanische Aktion eindeutig eine absichtliche Beleidigung Ägyptens und ein wohlberechneter Versuch, Präsident Nassers Stellung zu unterminieren. Die angegebenen Gründe für die Zurückziehung wurden spöttisch abgetan. Wenn die Weltbank, die es doch wissen mußte, Ägyptens Möglichkeiten zur Fortführung des Dammpjektes nicht anzweifelte, warum sollten die Vereinigten Staaten dies plötzlich tun? „Der Grund ist zweifellos politischer Natur“, sagte die ägyptische Zeitung „Al-Akhbar“.

Als Außenminister Schepilow verneinte, daß Rußland eine Hilfe beim Dammbau plane, war das ägyptische Doppelspiel klar entlarvt; die Vereinigten Staaten und Großbritannien waren düpiert worden. Verständlicherweise gab die kontrollierte Presse in Ägypten der russischen Erklärung keinen Raum.

Nassers Gegenstoß

Am 26. April, zwei Tage nach Nassers erbittertem Angriff auf die Vereinigten Staaten („Sie sollen an ihrem Zorn ersticken“), in dem er die gegen Ägyptens wirtschaftliche Möglichkeiten gerichteten Verleumdungen aufs schärfste zurückwies, führte er den Gegenstoß, den jeder arabische Nationalist erwartet hatte; aber er richtete ihn gegen ein unerwartetes Ziel: die Suezkanal-Gesellschaft. Die Verstaatlichung der zum größten Teil in ausländischem Besitz befindlichen ägyptischen Konzessionen (44 Prozent in Händen der britischen Regierung) bedeutete, daß die Deviseneinkünfte des Kanals (jährliche Gesamteinnahmen: brutto etwa 100 Millionen Dollar, netto 30 Millionen Dollar) für das Staudammprojekt verwendet werden konnten.

Nassers Aktion fand überschwenglichen Beifall in allen arabischen Ländern, Zustimmung und Unterstützung in Asien und den Ländern des Sowjetblocks, und sie brachte ihm in Ägypten zum ersten Male die überwältigende Popularität, die der „tschechische Waffenkauf“ ihm anderenorts eingebracht hatte. Der Gegenschlag war raffiniert, und Nasser war klarer Sieger. Wenn es die Absicht des Außenministeriums gewesen war, ihn in Mißkredit zu bringen und seine Stellung zu unterminieren, so hatte sie keinen Erfolg.

Der allgemeine Zorn, mit dem Großbritannien und Frankreich reagierten (in diesen Ländern befinden sich 88 Prozent der Aktien der Kanalgesellschaft), entsprang nicht allein der einseitigen und unerwarteten Natur der Tat selbst. Die Franzosen waren schon erbittert über Nassers Propaganda und die militärische Hilfe, die er der blutigen und kostspieligen nationalistischen „Rebellion“ in Französisch-Nordafrika, trotz seines „Offiziers-Ehrenwortes“, leistete. Die Engländer waren von seiten Nassers veranlaßt worden, den Stützpunkt in der Kanalzone aufzugeben (1954); Jordanien war ihnen versperrt worden seit es im Jahre 1955 den Bagdadpakt verächtlich zurückgewiesen und im Jahre 1956 Glubb entlassen hatte. Außerdem waren die Engländer einer ständigen nationalistischen Haßpropaganda ausgesetzt, die in jedem Gebiet, das unter britischem Einfluß stand, antibritische Gefühle hervorrief. Jedem wurde klar, daß Nasser darauf aus war, eine panarabische ägyptische Hegemonie aufzubauen, zumeist auf Kosten Großbritanniens. Daß all dieses geschah trotz wiederholter Beweise britischen guten Willens machte den Zorn nur um so größer. Der Schlag gegen die Kanalgesellschaft befreite die lang angestauten Gefühle.

Und zu Beleidigung und Unrecht kam die Drohung. Nassers Schachzug erinnerte nachdrücklich daran, daß fast alles Öl aus dem Mittleren Osten, auf das die Engländer und Franzosen zur Deckung von 80 Prozent ihres Verbrauchs angewiesen sind, durch den Kanal kommt, und daß Nasser in der Lage ist, den Ölstrom abzudrehen wann er will. „Wenn Oberst Nassers Aktion erfolgreich wäre“, sagte Sir Anthony Eden, „wäre jeder von uns um der

für uns lebenswichtigen Güter willen der Gnade eines Mannes ausgeliefert. Das können wir niemals akzeptieren.“

Mit Ausnahme der Kommunisten stand die öffentliche und parlamentarische Meinung, zumindest am Anfang, in beiden Ländern in nie dagewesener Weise hinter der „Politik der Stärke“, die Premierminister Eden und Ministerpräsident Mollet gegen den „Ägyptischen Hitler“ und seinen Akt „internationalen Bandidentums“ vorschlugen. Als unmittelbare Vorichts- und Strafmaßnahme wurden alle Guthaben der Kanalgesellschaft und alle ägyptischen Konten in Großbritannien und Frankreich eingefroren, ebenfalls der Rest der ägyptischen Kriegsguthaben (in der Größenordnung von etwa 300 Millionen Dollar). Das bedeutete ein Export-Embargo aus dem Sterlingraum nach Ägypten (aus dem normalerweise der größere Teil der ägyptischen Einfuhren kommt). Gleichzeitig wurden militärische Vorbereitungen ostentativ vorangetrieben.

Da die diplomatische Konvention Zorn und Furcht nicht als ausreichende Basis für Zwangsmaßnahmen gegen eine Angreifer-Nation anerkennt, war es notwendig, rechtliche und moralische Gründe zu finden. Aber hier gab es eine gewisse Schwierigkeit. Der Kanal war schließlich, wie es die Engländer im Suezabkommen von 1954 ausdrücklich anerkannt hatten, „ein integraler Bestandteil Ägyptens“, und die Gesellschaft war auch ägyptisch.

Die ägyptische Regierung konnte ganz legal verstaatlichen, vorausgesetzt, daß die ausländischen Aktionäre eine angemessene Entschädigung erhielten — das versprachen die Ägypter zu tun, sobald sie über die ausländischen Guthaben der Gesellschaft verfügen könnten.

Man redete viel über gebrochene Verträge, trotzdem war, streng genommen, kein Vertrag verletzt worden. Im Kanalzonen-Abkommen von 1954 hatte Ägypten die Konvention von 1888 bestätigt, die die Freiheit der Schifffahrt auf dem Kanal garantierte. Aber eine Verstaatlichung, wenngleich sie den Geist des Abkommens von 1954 verletzen mochte, verletzte

nicht unbedingt das Prinzip der freien Schifffahrt; und die Ägypter versicherten in aller Form, das Prinzip nicht anzutasten unter Hinweis darauf, daß ein ungehinderter Verkehr im Interesse aller, vor allem im Interesse Ägyptens liege. Zwar war der Kanal für israelische Schiffe gesperrt, aber für sie war er seit 1948 gesperrt, ein Zeitraum von mehr als sechs Jahren, und während des größeren Teiles hatten die Engländer die Kanalzone kontrolliert. Das Durchfahrtsverbot für israelische Schiffe, das durch israelische Kriegshandlungen gegen Ägypten und seine arabischen Verbündeten in gewisser Weise gerechtfertigt war, konnte jetzt nicht für die Rechtfertigung britischer und französischer Aktionen gegen Ägypten verwendet werden.

Sir Anthony Eden verwies auf den Grundsatz, daß ein internationaler Wasserweg von solch lebenswichtiger Bedeutung für seefahrende Nationen nicht unter die ausschließliche Kontrolle eines Mannes oder einer Nation kommen dürfe — eine ungeschickte Argumentation, denn gerade das hatte er in dem zwei Jahre vorher geschlossenen Abkommen über die Räumung des Kanalzonen-Stützpunktes anerkannt. Eine solche Argumentation konnte sich auch ungünstig auswirken auf Großbritanniens NATO-Verbündete, die Türkei und die Vereinigten Staaten, die die ausschließliche Kontrolle über die Türkische Meerenge bzw. den Panamakanal ausüben. Durch die Unterzeichnung der Konvention von Montreux vom Jahre 1936 hatte Großbritannien das Prinzip der Internationalisierung der Türkischen Meerengen (wie es im Internationalen Meerengenabkommen festgelegt war) zugunsten ausschließlicher Kontrolle durch die Türkei aufgegeben; und 1946, als die Türkei gezwungen werden sollte, die Kontrolle mit anderen „Schwarzmeermächten“ zu teilen, hatten sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten nachdrücklich und erfolgreich dem russischen Druck entgegengestellt. Wenn die Konvention von Montreux einmal neu verhandelt oder revidiert wird (die ursprüngliche Laufzeit des Vertrages endet im November dieses Jahres), wird die Sowjetunion Sir Anthony Edens Prinzip wahrscheinlich nicht übersehen.

Die Dreimächteerklärung

Trotz dieser Nachteile wurde die Internationalisierung die Grundlage der britisch-französischen Position in der Suezkrise. Außenminister Dulles eilte nach London und stimmte mit den Engländern und Franzosen in der Dreimächteerklärung vom 2. August überein, daß bei Anerkennung des Rechtes zur Verstaatlichung die „willkürliche und einseitige Besitzergreifung zu rein nationalen Zielen“ der ägyptischen Regierung „die Freiheit und Sicherheit des Kanals, wie sie in der Konvention von 1888 garantiert wird, bedrohe“. Die drei Mächte waren der Ansicht, daß „unter Wahrung legitimer ägyptischer Interessen“ Schritte unternommen werden sollten, um in wirksamer Weise durch ein internationales System die Voraussetzung für die

Sicherung der Benutzung des Kanals zu schaffen. Für Mitte August wurde eine Konferenz der Signatarmächte von 1888 und anderer interessierter Staaten nach London einberufen. Während dieser Zeit wurden die britischen und französischen militärischen Vorbereitungen im östlichen Mittelmeer fortgesetzt.

Dem Wortlaut nach war die Dreimächteerklärung der Aufruf zu einer Aktion gegen Ägypten, nicht für etwas, das Ägypten schon begangen hatte, sondern für einen Rechtsbruch, der noch gar nicht begangen (immer mit Ausnahme des Falles von Israel) und ausdrücklich abgelehnt worden war: Eingriff in die Freiheit der Schifffahrt auf dem Kanal. Vielen schien das kein sehr fester Boden für eine Aktion. Er

wurde auch durch Edens Rundfunkrede eine Woche vor dem Zusammentreten der Konferenz nicht fester. Diese Rundfunkrede bedeutete einen persönlichen Angriff auf Oberst Nasser und damit eine weitere Stärkung seiner Stellung in Ägypten; sie gewann ihm anderenorts Sympathien und festigte (nach seinen eigenen Worten) seinen Entschluß, nicht an der Londoner Konferenz teilzunehmen.

Im Gegensatz dazu war die ägyptische Erklärung eine formal-juristische, gut durchdachte Darstellung der ägyptischen Position. Als eine seit Jahrhunderten zum ersten Male freie und unabhängige Nation (die letzten britischen Truppen waren im Juli abgezogen), gestatte Ägypten keine neue Beeinträchtigung seiner „heiligen Unabhängigkeit“. Der Kanal sei ägyptisch und werde ägyptisch bleiben. Der Verkehr gehe unter ägyptischer Kontrolle weiter. Freiheit der Schifffahrt sei allen Nationen (außer Israel) unterschiedslos garantiert. Der Kanal werde unterhalten und verbreitert. Ägypten war bereit, eine neue 1888er Konvention zu befürworten und zu unterzeichnen und über angemessene Gebührensätze zu verhandeln. Ägypten erwäge die Zusammenarbeit mit einem Gremium der Benutzer-Staaten, das beratende aber keine überwachende Funktion habe. Ägypten werde sich nicht dem Urteil einer begrenzten Gruppe unterwerfen, deren Mitglieder von seinen Gegnern einzeln ausgesucht würden, vor allem nicht unter Gewaltandrohung; und Ägypten fragte, warum die Angelegenheit, wenn sie so ernst sei, nicht an die UNO verwiesen würde. (Die Briten und Franzosen glaubten während der ersten Wochen der Auseinandersetzung, dies sei zu zeitraubend und wegen des sowjetischen Vetos im Sicherheitsrat in jedem Falle zwecklos. Im übrigen hatte Ägypten bereits einen Verweis der UNO bekommen für das Durchfahrtsverbot durch den Kanal für israelische Schiffe — ohne Erfolg.) Im Falle von Gewaltanwendung werde Ägypten sich bis zum äußersten verteidigen.

So war das Problem Mitte August klargestellt: Internationalisierung (oder „kollektiver Kolonialismus“) gegen souveräne ägyptische Kontrolle. Von da an ist die Geschichte der Ereignisse bekannt. Die Konferenz trat zusammen und spaltete sich sofort in zwei Gruppen: die Majorität unterstützte den Plan von Dulles für eine internationale Leitung; Indien, Rußland, Indonesien und Ceylon unterstützten Nehrus Plan für ägyptische Leitung mit einem internationalen beratenden Organ. Die Mission Menzies, der Nasser die Empfehlung der Majorität unterbreitete, erreichte nichts. Die militärischen Vorbereitungen gingen weiter, französische Truppen landeten auf Zypern; Rußland drohte, Freiwillige aus dem Sowjetblock würden dem ägyptischen Widerstand gegen Gewalt zu Hilfe eilen. Ein ägyptisches Angebot, einer erneuerten Konvention von 1888 beizutreten, wurde als „zwecklos“ abgelehnt.

Durch die Umleitung einer Zahl britischer und französischer Schiffe überstand Ägypten triumphierend die Massenabreise von hundert

europäischen Kanallotsen („ein widerrechtliches Komplott“) Mitte September; und neue Lotsen aus der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und aus anderen Ländern kamen und erleichterten die Last, die auf den etwa 70 restlichen ägyptischen und anderen Lotsen lag. Der Kanalverkehr erreichte wieder normalen Umfang und normale Geschwindigkeit. Die Frage, ob man ohne vorherige Zustimmung der UNO Gewalt anwenden sollte, spaltete das englische Volk entsprechend den Parteilinien in steigendem Maße in zwei Gruppen. Die von Mr. Dulles vorgeschlagene Kanalbenutzer-Organisation, die von den Briten und Franzosen schon früher für den Fall eines Versagens der Menzies-Mission als Waffe zur Durchsetzung der Kanalangelegenheit anerkannt war, wurde von Dulles selbst entschärft und abgeändert zu einem vieldeutigen Ganzen unklarer Verpflichtungen und unklarer Vollmachten: Dulles schlug nicht vor, sich „den Weg durch den Kanal freizuschießen“. — Im Gefühl der Ohnmacht und des Zorns gingen Großbritannien und Frankreich vor den Sicherheitsrat, und Ägypten folgte auf dem Fuße.

Und so bewegte sich im Oktober die Suezkrise einem Ende zu, das vorher festzuliegen schien: Annahme des ägyptischen *fait accompli* gegen einige Konzessionen an das Prinzip der Internationalisierung, die gestatten, das Gesicht zu wahren. Im Bewußtsein der Sicherheit ihrer rechtlichen Position und ihrer Stärke durch die Unterstützung, die sie von arabischen Schwe-

sternationen, asiatischen Neutralen, Ländern hinter dem Eisernen Vorhang und vor allem der Sowjetunion erhielten, war es den Ägyptern gelungen, ihre Position, trotz Überredungsversuchen, Drohung und wirtschaftlichen Drucks, intakt zu halten.

Für die Briten und Franzosen galten die Worte eines britischen Leitartiklers: „ein trauriges, langgezogenes, vererbendes Gebrüll“. Nachdem sie mit ihrer „Politik der Stärke“ und kriegerischen Gesten begonnen hatten und weder zu Hause noch im Ausland starke und ungeteilte Unterstützung fanden, standen die beiden Regierungen vor der Entscheidung, wie Mr. Gaitskell es ausdrückte, „entweder die Drohung bewaffneter Gewalt wahrzumachen oder die größte diplomatische Niederlage unserer Geschichte einzustecken.“ Gewalt schien vor allem nach dem Mitte Oktober mit Ägypten geschlossenen Abkommen, das ein Sechs-Punkte-Programm als Grundlage künftiger Verhandlungen enthielt, keine mögliche Alternative — bis der verdächtig gut gewählte Zeitpunkt des Angriffs auf Ägypten Ende Oktober eine passende Gelegenheit bot. Da Großbritannien und Frankreich (wie auch die Vereinigten Staaten) durch das Dreimächteabkommen von 1950 verpflichtet waren zu sofortigem Eingreifen gegen jede Nation, die die arabisch-israelische Grenze verletzte, erschien Nassers gesamte Propaganda über die „perfinden Imperialisten“ den Ägyptern nur allzu wahr.

Großmacht im Mittleren Osten

Bei einer Betrachtung der die Suezkrise begleitenden Ereignisse ergibt sich die nicht zu übersehende Tatsache, daß die Sowjetunion, im wesentlichen durch die politischen Irrtümer anderer Staaten, eine Position beherrschender Macht im Mittleren Osten erreicht hat und nun durch den gemeinsamen Angriff auf Ägypten eine neue glänzende Gelegenheit und einen Anreiz erhalten hat, sie zu befestigen und auszubauen.

Nachdem der Westen Nasser, Held und Vorbild eines Führers der arabischen Welt, um der Waffen willen in die Abhängigkeit vom Sowjetblock getrieben hat, ist der Westen nun einen Schritt weiter gegangen und hat ihn durch das Sterling-Embargo und andere wirtschaftliche und finanzielle Druckmittel nur noch fester ins kommunistische Wirtschaftsnetz verstrickt. Der Westen hat (nicht nur in den Augen der Araber) die Suezkrise provoziert, und dann hat der Westen mit seiner Reaktion von Feindseligkeiten und Drohungen Nasser gezwungen, sich auf sowjetische politische Unterstützung und sowjetische Berater zu verlassen. Und er verläßt sich jetzt so sehr darauf, daß man glauben könnte, die Sowjetunion kämpfe hinter der ägyptischen Maske mit dem Westen um den Suezkanal. Jedenfalls hat die warmherzige sowjetische Unterstützung für die Ägypter, auf dem Hintergrund der lauten Drohung der „Imperialisten“, die Abkühlung vergessen lassen, die frühere Beweise russischer Neutralität bewirkt hatten und die sowjetische psychologische Eroberung

der arabischen Welt einen großen Schritt weitergebracht.

Nachdem der Westen im April mit der UdSSR übereingekommen ist, den arabisch-israelischen Konflikt vor die UNO zu bringen und damit den Sowjets eine Stimme und ein mögliches Veto gegen westliche Aktionen eingeräumt hat, ist der Westen noch weiter gegangen und hat die Russen eingeladen, bei der Entscheidung über die Zukunft des Suezkanals — Westeuropas Öl-Lebensader — mitzuwirken. Gleichzeitig berief sich der Westen auf ein Prinzip der Internationalisierung, das zum Vorteil der Russen an anderen Orten angewandt werden könnte, und das trug zu einem Mangel an Kanallotsen bei, dem der Sowjetblock mit Freuden abhalf. Rußlands schneller Aufstieg zur Großmacht des Mittleren Ostens wurde wider seinen Willen vor allem durch den Westen beschleunigt: das ist um so ironischer, als sich Rußland öffentlich für ein langsames Vorgehen entschieden hatte.

Der Angriff hatte und wird zweifellos auch weiterhin unheilvolle Folgen in anderen Gebieten haben. In der arabischen Welt hat er die sowjetische Unterdrückung Ungarns bagatellisiert und Rußlands Stellung als die einzige freundschaftliche Großmacht verstärkt. Wenn es der UNO gelingen sollte, „Gerechtigkeit zu üben“ nach dem Angriff auf Ägypten, wird die sowjetische Bereitschaft zur Gewaltanwendung nach dem westlichen Beispiel in Korea den

Russen großes Ansehen eintragen. Wenn die UNO versagt, können die Russen zumindest ein gesteigertes Gefühl anti-westlicher Verbitterung und der Ohnmacht in der arabischen Welt erwarten, das sich ausnutzen läßt; und wenn sie sich, trotz der UNO, zur Gewaltanwendung entschließen sollten, dann haben sie die israelisch-französisch-britischen Pläne fertig zur Hand. Wenn England und Frankreich durch die Entsendung von Truppen in den Mittleren Osten

Akte der Schwäche und der Verzweiflung

Eine Folge des sowjetischen Aufstiegs im Mittleren Osten war die Schwächung Großbritanniens und Frankreichs. In den Augen der Araber fehlte der Position dieser Staaten die gesunde rechtliche und moralische Basis. Sie hatten Drohungen ausgestoßen, aber sie hatten nicht die Entschlußkraft und die Macht, sie auszuführen. Sie waren nach ihren eigenen Maßstäben diplomatischen Verhaltens gemessen worden und als zu leicht befunden. Ihre Macht, Einfluß und Zwang auszuüben, war entsprechend verringert und damit ihre Möglichkeit, ihre „Interessen“ zu schützen. Bei dem weitverbreiteten nationalistischen Ressentiment gegen den britischen und französischen „Imperialismus“, den diese Interessen symbolisieren, war als Resultat ein gesteigertes Tempo der Übergriffe zu erwarten. Wenn es England und Frankreich nochmals gelingt, eine starke Position in der Kanalzone aufzurichten, können sie die Herrschaft noch einmal ausüben, aber nur für eine begrenzte Zeit. Der Rückgriff auf die Gewalt unter dem Deckmantel eines israelischen Angriffs und die angegebenen Rechtfertigungen wird man als das erkennen, was sie sind: Akte der Schwäche und der Verzweiflung.

Die englischen und französischen Staatsmänner scheinen im Gegensatz zu den Russen noch

(die Furcht davor hatte zur sowjetischen Neutralitätspolitik in der arabisch-israelischen Auseinandersetzung beigetragen) und dadurch, daß sie den Russen zu guten moralischen Gründen verhalfen, Rußland in die dem Kalten Kriege entsprechende Rolle gezwungen hätten, die der Westen so sehr fürchtete, nämlich die der unbegrenzten Unterstützung der arabischen „Opfer der Aggression“, dann wäre das der Höhepunkt der Ironie.

nicht wirklich begriffen zu haben, daß der Nationalismus und seine Ziele, nationale Unabhängigkeit, Einigkeit und Macht, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit die große neue soziale Kraft ist, die in der arabischen Welt wirkt. Als Antrieb derer, die ihre eigene Gesellschaft nach dem Muster einer modernen industriellen Zivilisation umgestalten wollen, ist der Nationalismus potentiell eine gewaltige konstruktive Kraft, aber er wird destruktiv, wenn seine Ziele durchkreuzt werden. Der Nationalismus hätte ein Verbündeter bei der Verfolgung legitimer Ziele der westlichen Politik im Mittleren Osten werden können (er hätte zumindest nicht zum Gegner werden müssen). Stattdessen stand man meist in Opposition gegen ihn als eine Bedrohung „lebenswichtiger Interessen“, eine Bedrohung von Besetzung, Besitz und Herrschaft, die angeblich treuhänderisch ausgeübt wurden, um die Nutzung und Nutznießung von Eigentum und Dienstleistungen in einem fremden Land zu ermöglichen. Palästina, Abadan, der Stützpunkt in der Kanalzone, Jordanien, Cypern und Französisch Nordafrika gehören zur unglücklichen Geschichte dieser Opposition. Die Suezkrise zeigt bis jetzt keinerlei Zeichen eines Abweichens von dieser Tendenz.

Die amerikanische Politik

Eine andere Folge des Aufstiegs der UdSSR und des Niedergangs Englands und Frankreichs im Mittleren Osten besteht darin, daß die amerikanische Politik im Ausland weder Vertrauen noch Respekt genießt und nicht mehr den besonderen Interessen der Vereinigten Staaten dient. Zwar haben die Vereinigten Staaten gehandelt, um den Frieden zu erhalten; aber in den Augen der Engländer und Franzosen ist das auf ihre Kosten geschehen. „Die Vereinigten Staaten provozieren die Besitzergreifung des Suezkanals“, so könnten sie sagen, „und haben uns dann gehindert zu handeln. Wir haben einer Konferenz zugestimmt und man hat uns für den Fall eines Mißerfolgs der Konferenz Unterstützung für eine Politik der Stärke versprochen. Die Konferenz war ein Mißerfolg, und die Unterstützung erwies sich als ein Versprechen, keine Gewalt anzuwenden, eine Ablehnung der Unterstützung eines Kanalboykotts und eine Entsendung amerikanischer Lotsen, um den Ägyptern aus der Verlegenheit zu helfen! Und dann bezeichnete man den Versuch, unsere Rechte zu verteidigen, als „Kolonialismus“, von dem sich der amerikanische Außenminister di-

stanzierte! Amerikanische Taktiken haben das westliche Bündnis ernstlich belastet!“ Eine offenkundige Folge der mangelnden Folgerichtigkeit der amerikanischen Politik war die englische und französische Entscheidung, Ägypten ohne vorherige Beratung mit den Vereinigten Staaten anzugreifen.

Eine ägyptische Ansicht über die amerikanische Friedenspolitik war ebenso wenig schmeichelhaft. Die Kairoer Wochenzeitung „Rose el-Yussef“ schrieb in einer Augustausgabe, die Vereinigten Staaten hätten die Briten daran gehindert, in der persischen Ölkrise von 1951 Gewalt anzuwenden — mit dem Erfolg, daß die Amerikaner jetzt großen Stiles am Verkauf des persischen Öls beteiligt seien. Also ziele die amerikanische Politik in der Suezkrise darauf ab, unter dem Deckmantel der Internationalisierung eine Teilnahme an der Kontrolle und den Gewinnen des Kanals zu erreichen.

Das überzeugte die Ägypter, denn sie waren sich nicht mehr sicher, ob die amerikanische Politik nicht rein von kurzfristiger Zweckmäßigkeit diktiert sei. Eine ägyptische Analyse der

jüngsten amerikanischen Politik könnte etwa zu folgendem Bild kommen: Unter zionistischem Druck nahmen die Vereinigten Staaten ihr Waffenangebot zurück — bis zum tschechischen Waffenlieferungs-Abkommen. Dies führte zu einer panikartigen Reaktion, die zeigte, daß der Schlüssel zur amerikanischen Politik im Mittleren Osten die Furcht vor sowjetischem Eindringen war. Das amerikanische Staudammangebot als Antwort auf das fingierte sowjetische Angebot zeigte, daß das stimmte; und als die Vereinigten Staaten erfuhren, daß die Russen nicht wirklich interessiert waren, verloren sie ebenfalls ihr Interesse, obgleich Ägypten angenommen hatte. Soviel über die hochherzige Großmut der Amerikaner und ihr scheinheiliges Geschwätz über die Einhaltung von Verträgen.

In beiden Standpunkten ist genug Wahrheit, um darauf hinzudeuten, daß in der amerikanischen Politik im Mittleren Osten etwas fehlt. Walter Lippmann hat das Hauptproblem erkannt: der völlige Mangel an positiven, beherrschenden Zielen einer Politik auf lange Sicht mit Ausnahme des Zieles, Ungelegenheiten zu vermeiden. Als Grundlage der Politik führt die bloße Verhinderung des Krieges, die an sich wünschenswert ist, zu einer gewissen Auslaugung, zur Aufgabe einer Stellung nach der anderen. Sie ist auch die Ursache mancher Verwirrung in der und über die amerikanische Politik.

Aber selbst im Hinblick auf die Vermeidung von Ungelegenheiten hat die amerikanische Politik nicht ausgereicht, offensichtlich auf Grund der Unkenntnis der wirklichen Stellung Nassers in Ägypten. Man hat allgemein angenommen, Nasser als Diktator schwebte frei im Raum und seine Handlungen seien lediglich aus dem Charakter eines vom „Machtwahn“ Besessenen zu erklären. Das stimmt nur in begrenztem Umfang. Nasser ist der ergebene phantasiereiche Führer des nationalistischen Aufbruchs in Ägypten; er ist auch dessen Gefangener. Der ägyptische Nationalismus existiert auch unabhängig von Oberst Nasser, und er kann nur an der Macht bleiben, solange er an der Spitze marschiert. Wenn er von diesem Wege abweicht, wird er von allen, die er in Ägypten fanatisiert hat, als Verräter bezeichnet werden, und damit wäre sein Untergang sicher. So engt der patriotische Nationalismus seine Handlungsfreiheit beträchtlich ein. Die Engländer aus der Kanalzone hinauszubringen, Waffen zu bekommen für den Kampf gegen die Israelis, die amerikanische „Beleidigung“ mit gleicher Münze heimzuzahlen — das waren zwingende Notwendigkeiten, die Nasser nicht übersehen durfte und mit Erfolg nicht übersehen hat. Angesichts westlicher Drohungen, kompromißlos für ägyptische „Rechte“ am Suez einzutreten, war eine ähnlich zwingende Notwendigkeit. Hätte sich Washington von der Erkenntnis von Nassers Charakter und seiner Stellung in Ägypten leiten lassen, dann wäre die Suez-Krise mit all ihren Verlusten für den Westen vielleicht gar nicht entstanden.

Hauptnutznießer Israel

Eine letzte Schlußfolgerung, die sich aus den Ereignissen des letzten Jahres ergibt: der Hauptnutznießer im Mittleren Osten war (bis jetzt) Israel. Ägyptische und westliche Aktionen scheinen gleicherweise den Israelis in die Hände gespielt zu haben. Vermutlich war das nicht reiner Zufall, und man erführe gern Genaueres über die Rolle, die Israel und seine Helfer im Westen gespielt haben, z. B. bei der Anschwärzung Nassers in der westlichen Presse, bei dem amerikanischen Versagen, das Waffenangebot zu realisieren, bei der Zurückziehung des Staudammangebots und bei der britisch-französischen Entscheidung, Ägypten anzugreifen. Die Rolle kann beträchtlich gewesen sein. Aber was auch die Einflüsse und Provokationen von außen und der Druck im eigenen Lande gewesen sein mögen, es war Nassers Unaufrichtigkeit, Arroganz und öffentliche Feindseligkeit gegenüber dem Westen, die ihren Höhepunkt erreichten in der Besitzergreifung des Kanals und der Ablehnung eines Kompromisses bei der Lösung der Krise, die ihn selbst die Brücken zum Westen hinter sich verbrennen ließen, und das mit einer Gründlichkeit, die beim englischen

und französischen Angriff deutlich wurde. Solange er an der Macht bleibt, wird er daher wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sein, seine Politik ausgewogener Ausnützung von Ost und West, seinen „positiven Neutralismus“, wieder aufzunehmen. Infolgedessen wird Ägypten, auch weil es so sehr abhängig ist von ausländischen Märkten und ausländischen Gütern und Kapitalien, wahrscheinlich weiter in der Wirtschaft und Politik des Sowjetblocks verstrickt bleiben.

Aber von den Menschen in Ägypten, die die kommunistische Umarmung fürchten und die gegen die Entfremdung des Westens sind, zusammen mit all denen, die gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Herrschaft Nassers sind, darf man erwarten, daß sie einen Versuch, ihn zu entfernen, immer begrüßen, wenn es patriotisch möglich ist — und das kann schon bald sein. Seine Politik und seine Führung kann man doch als eine Niederlage für den ägyptischen und arabischen Nationalismus betrachten. Aber er kann an der Macht bleiben (von der Kugel eines Mörders abgesehen), wenn er weiterhin das Symbol für die erfolgreiche Verfol-

gung ägyptischer nationalistischer Bestrebungen bleibt (zu denen jetzt auch die Rache für die Niederlage auf der Sinaihalbinsel und in der Kanalzone kommen muß). Mit sowjetischer Hilfe mag er dazu in der Lage sein.

Außerhalb Ägyptens ist die Hauptgrundlage von Nassers Prestige („der größte Held seit Saladin“) nicht, daß er dem Westen Trotz geboten hat, als vielmehr die Tatsache, daß er den Schutz vor Israel verkörpert und die Verteidigung arabischer „Rechte“ in Palästina. Israels vielpropagierter Mangel an Waffen ist aus nicht näher bezeichneten Quellen offenkundig beträchtlich reduziert worden, und so hat Israel, zusammen mit Großbritannien und Frankreich, zu dem Zeitpunkt, wo dies geschrieben wird (im November) diesen Anspruch sehr eingeschränkt, trotz der ägyptischen Propaganda über einen „siegreichen Rückzug“ von der Sinaihalbinsel und aus der Kanalzone. Das bedeutet insbesondere für Jordanien und Syrien, angesichts der immer länger werdenden Liste der von der UNO zwar gerügten, aber bis jetzt nicht bestraften Aggressionen auf Israel, daß sie sich nun anderweitig nach Hilfe umsehen müssen. Ihnen möge verziehen sein, wenn sie nicht erwarten, solche Hilfe im Westen zu finden.

ROBERT STRAUZ-HUPÉ

Eine politische Konzeption für den Westen

Wenn der Kommunismus triumphieren und die Freie Welt der totalitären Tyrannei erliegen würde, dann wäre diese historische Tragödie einer einzigen Ursache zuzuschreiben: Der Uneinigkeit der westlichen Völker.

Solche Uneinigkeit ist nichts Neues. Der erste größere Riß in der Weltordnung, verursacht durch den Sieg der Alliierten im ersten Weltkrieg, war der japanische Angriff auf China im Jahre 1931. Als Außenminister Henry Stimson erklärte, es handle sich um eine japanische Aggression und zu einer gemeinsamen Politik aufrief, beachtete weder Großbritannien noch die anderen westlichen Großmächte seinen Aufruf, und so waren die Vereinigten Staaten selbst nicht in der Lage, seinen Worten die Tat folgen zu lassen. Die weiteren Ereignisse der dreißiger Jahre, die zum zweiten Weltkrieg führten, bilden eine lange und traurige Geschichte westlicher Uneinigkeit: die westlichen Demokratien standen händeringend abseits, einer schob die Schuld auf den anderen, und es gelang ihnen nicht, ihre Kräfte gegen die gemeinsame Gefahr zu vereinen, bis es zu spät war, die Katastrophe eines neuen Weltkrieges zu verhindern.

Wenn der Westen dieses selbst herbeigeführte Unheil überlebte, dann verdankte er seine Rettung weitgehend der Tatsache, daß die Angreifer selbst keine Einigkeit erlangten. Noch wichtiger war, daß es ihnen nicht gelang, ihren Angriff im Namen einer Ideologie mit wirklich internationaler Anziehungskraft zu führen. Die Nazis und die japanischen Militaristen konnten sich nie auf eine gemeinsame militärische Strategie einigen, ganz zu schweigen von gemeinsamen politischen Zielen. Die Rassenideologie fand außer bei Sonderlingen und Geistesschwachen wenig Anhang, und die Japaner haben nie versucht, eine Ideologie für internationalen Gebrauch auch nur zu entwerfen. Ihr extremer Nationalismus und ihr Rassenbewußtsein hinderten sowohl die Nazis als auch die japanischen Militaristen, eine weltweite ideologische Unterstützung und das revolutionäre Potential der farbigen Rasse zu mobilisieren. Beide waren im wesentlichen militärische Abenteurer und keine Revolutionäre. Dank dieser selbst auferlegten Beschränkungen und allgemeinen ideologischen Dummheit kam der Westen relativ leicht davon, löschte den Brand, bestrafte die Brandstifter und vollbrachte Wunder materiel-

len Wiederaufbaus. Am allerwichtigsten aber war, daß der Westen zu Ende des Krieges in der ganzen nicht-westlichen Welt Stellungen besetzt hielt, die mindestens so stark waren wie die, die er 1939 besessen hatte; das britische und das französische Empire waren wieder hergestellt, und amerikanische Streitkräfte kontrollierten den gesamten Pazifischen Ozean, die japanischen Inseln und Schlüsselstellungen auf dem chinesischen Festland.

Trotz dieser eindrucksvollen Leistung blieb dem Westen nach dem Kriege seine Einheit nicht bewußt. Wenn sie nicht vor einer unmittelbaren und tödlichen Gefahr stehen (eine Zufälligkeit, die sie bis jetzt immer zu einer siegreichen, wenn auch improvisierten, Allianz zusammengeführt hat), zeigen die westlichen Völker eine erstaunliche Unfähigkeit, sich selbst als wirklich ein Volk zu verstehen. Aber sie sind es; sie sind von der übrigen Welt getrennt durch eine sie in der Tiefe verbindende Einheit von Geschichte, Kultur und Recht. Die Geschichte der europäischen und amerikanischen Völker ist nur verständlich, wenn man sie als Episoden derselben Geschichte liest, und sinnlos, wenn man sie getrennt erzählt. Keine einzige westliche Nation wäre, was sie heute ist, ohne die dauernden und durchdringenden Wechselbeziehungen mit den anderen. Der Komplex Europa-

Amerika ist ein integrales Ganzes, in dem die verschiedenen Teile aus ähnlichen Elementen gemacht sind und sich um eine gemeinsame Achse drehen, wenngleich sich das Gravitationszentrum in unserer Zeit von der Alten nach der Neuen Welt verschoben hat. Um die Natur dieses Komplexes zu verstehen, muß man sich nicht auf Asien oder Afrika oder etwa auf Rußland beziehen. Er ist eine eigene historische Einheit, ein Organismus, wie es seine einzelne Teile — Europa, Amerika und die überseeischen Gebiete — nicht sind. Dies alles wird sofort offenkundig, wenn man den sich stets um die eigene Nation drehenden Kirchturmsstandpunkt so mancher historischer Darstellungen verwirft, um die großen gemeinsamen Errungenschaften des Westens zu sehen, und nicht seine brudermörderischen Kämpfe und, um es vollends deutlich zu machen, den Westen betrachtet wie es die nichtwestlichen Völker tun. Die Völker Asiens und Afrikas betrachten den Westen als ein exklusives Universum — und das trotz der gegenteiligen Proteste, die aus vielen westlichen Kreisen an Asien und Afrika gerichtet werden. Der Westen kann seine mangelnde Solidarität leidenschaftlich bekennen: in den Augen der nicht-westlichen Völker ist er gezeichnet vom gemeinsamen Erbe seiner Errungenschaften und Fehlschläge, Tugenden und Laster.

In der Rolle des historischen Bösewichts

In der kommunistischen Doktrin, unterstützt von der Macht der Sowjetunion, steht der Westen einer wahrhaft weltweiten und revolutionären Herausforderung gegenüber. Verglichen mit dem sowjetischen Kommunismus war der ideologische Appell von Nazi-Deutschland und der japanischen „Zone gemeinsamer Prosperität“ von armseliger Wirkung. Die kommunistische Doktrin hat viele logische Mängel und ist aufgebaut auf vielen Begriffen von Politik und Wirtschaft, die sich durch das Wachstum der modernen Gesellschaft als falsch oder veraltet erwiesen haben. Dennoch hat der Kommunismus es fertiggebracht, eine umfassende Vision des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt anzubieten, die Aussicht auf eine Zukunft, an der alle Menschen teilhaben können. Obgleich diese Vision ein Betrug ist, der zum Nutzen des sowjetrussischen Imperialismus begangen wird, haben sich viele Millionen Menschen in der ganzen Welt nachdrücklich damit identifiziert,

und sie glauben, daß der kommunistische Machtanspruch in ihrem eigenen Namen angemeldet wird.

Durch eine Reihe geglückter Anpassungen ist es den Kommunisten gelungen, den sozialen und wirtschaftlichen Appell ihrer Doktrin mit den nationalen Bestrebungen der farbigen Rassen zu verschmelzen. Wieder kann man leicht zeigen, daß die Ehe des Kommunismus mit dem Nationalismus der asiatischen und afrikanischen Bauernmassen logisch unvereinbar ist. Trotzdem ist es eine Tatsache, daß die Kommunisten mit Erfolg einen psychologischen Trick angewandt haben, der die Wahrheit, so wie wir sie kennen, vergewaltigt und außerdem den Westen in die Rolle des historischen Bösewichts drängt.

Die Kommunisten haben anderen Völkern mit Erfolg Ideen verkauft, nicht nur, weil sie

wissen, wie man mit Ideen umgeht, sondern auch, weil sie einen begrifflichen Rahmen haben, eine Theorie, die die Beziehung zwischen den Ideen zeigt und eine Erklärung für die gegenseitige Abhängigkeit aller Dinge bietet, der politischen, ökonomischen, technologischen und sozialen. Es ist diese Theorie, die die Kommunisten die Richtung erkennen läßt. Wir wissen,

Der Westen hat keine klare Vorstellung von sich selbst

Der erste Grund für den Rückzug des Westens war, daß die westlichen Völker sich nicht auf das gemeinsame Ideengut besonnen haben, um der kommunistischen Ideologie entgegenzutreten. Der Westen hat kein Gefühl für die Richtung und ist so außerstande, die Kräfte neu zu formieren, die die Kommunisten gegen ihn ins Feld geführt haben. Kurz: Der Westen hat keine klare Vorstellung von sich selbst.

Wenn der Westen eine klare Vorstellung von sich selbst hätte, wären unsere Staatsmänner gezwungen, zuzugeben, daß der Westen während der letzten zehn Jahre eine große Niederlage nach der anderen erlitten hat. Was ein solches Eingeständnis jetzt so schwierig macht, ist der Umstand, daß nicht alle westlichen Nationen in gleicher Weise an dieser Niederlage beteiligt sind. Einzelnen betrachtet, sitzen nicht wenige westliche Nationen noch unverletzt und ungestört auf ihrem jeweiligen Ast des westlichen Baumes. Sie scheinen ungerührt durch die Tatsache, daß andere heruntergefallen sind und daß der Stamm selbst immer schwächer wird.

Fast jeder stimmt zu, daß wir einige Jahre lang im Zustand eines akuten Konflikts mit der Sowjetunion gelebt haben. Diesen Zustand nannte man allgemein Krieg, abgestuft je nach dem Grad der Gewaltanwendung von kalt bis heiß. Es gibt kaum jemanden, der sich in Haarspaltereien einließe darüber, daß die Berliner Luftbrücke „kälter“ war als der Krieg in Korea und der Krieg in Indochina, alle diese Konflikte waren Kraftproben — Schlachten — im weltweiten Feldzug gegen den Kommunismus. An diesem Punkt jedoch scheint die westliche Phantasie nachzulassen; die einzelnen Schlachten schienen ziemlich real, aber der Konflikt als ganzer schien unwirklich. Die Vereinigten Staaten „gewannen“ die Berliner Luftbrücke, die Franzosen „verloren“ den Krieg in Indochina; der Krieg in Korea war in etwa ein Unentschieden. Aber die westlichen Völker haben diese einzelnen Schlachten nicht als Kämpfe in ein und demselben Feldzug angesehen, den die Kommunisten gegen sie alle führten. Daß das wirklich der Fall war, wäre sofort klar gewesen, wenn der Feldzug von Anfang an „heiß“ gewesen wäre.

Wir wollen einmal annehmen, der Dritte Weltkrieg wäre in der herkömmlichen Weise im Jahre 1946 ausgebrochen und die Führer der Freien Welt wären im zehnten Jahr des Kampfes zu einem Kriegsrat zusammengekommen, um die Lage zu beurteilen. Welche Einschätzung der Lage hätte ihnen ihr Vereinigter Generalstab vorgelegt?

daß die Richtung böse ist. Es ist nichtsdestoweniger eine Tatsache, daß die Kommunisten zielbewußt in dieser Richtung marschieren und jetzt, vierzig Jahre nachdem sie sich auf den Marsch gemacht haben, auf eine Reihe außerordentlicher Fortschritte zurückblicken können. Diese Fortschritte sind buchstäblich alle auf Kosten des Westens gemacht worden.

Zunächst einmal würden sie sehen, daß der Krieg geführt wurde auf dem Territorium der freien Welt und nicht auf dem Territorium des Sowjetblocks. 1946 waren die Sowjets von einer festen Kette westlich kontrollierter Gebiete eingekreist, die sich von Norwegen bis Japan erstreckte: Jetzt ist diese Kette zerbrochen: nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Alliierten keinen entschlossenen Kampf zur Verteidigung Chinas geführt, wie sie es während des Krieges getan hatten; China ist den Kommunisten zugefallen. Sie sind nicht mehr in Indien und Burma, in Ländern, die sie durch den ganzen Zweiten Weltkrieg unter den widrigsten Umständen vor dem Zugriff überlegener japanischer Kräfte bewahren konnten. Der bessere Teil von Indochina ist vom Feind überrannt worden. Sie haben kaum Singapur gehalten; sie haben dem Ersuchen der Regierung von Ceylon stattgegeben, die Insel zu verlassen, ihren letzten Stützpunkt im Indischen Ozean. Sie haben in Korea tapfer gekämpft; sie sahen den Sieg schon in ihrer Hand und hätten die östliche Flanke des kommunistischen Bündnisses aufrollen können, die schwächste und offenste Flanke. Statt dessen haben sie ein Waffenstillstandsangebot angenommen und dem Feind ermöglicht, seine schwer mitgenommenen Verteidigungsstellungen wiederherzustellen. Sie konnten sich nicht einigen, die Hilfsquellen Japans zu mobilisieren, obwohl sie dies Land kontrollierten und den guten Willen seiner Bevölkerung für sich gewonnen hatten. So haben sie in Asien gekämpft ohne sich die Unterstützung seiner größten Militärmation zu sichern.

Aber wenn bei dem imaginären Kriegsrat all diese traurigen Ereignisse das Vertrauen in den Endsieg der Führer der westlichen Allianz noch nicht erschüttert hätte, dann müßten sie immer noch die Lage im Mittleren Osten und im Mittelmeer betrachten.

Im Zweiten Weltkrieg haben die Alliierten um Suez und Nordafrika gekämpft mit Verlusten, die nur von denen des Krieges in Europa übertroffen wurden. Damals wurde Suez gehalten, Nordafrika zurückerobert. 1946 war die westliche Position, von Casablanca bis Bagdad, stärker als je zuvor. Aber bis zum Sommer 1956 war Suez in feindlichen Händen, und die militärischen Kräfte eines großen Mitgliedes der westlichen Allianz, Frankreichs, wurden in Afrika durch eine Revolte festgehalten, die von Ägypten angestiftet worden war. Die Kommunisten waren sprungweise bis tief in jedes arabische Land vorgestossen, und nur Cypern blieb als letzte und empfindlichste Basis im östlichen Mittelmeer übrig. Die Türkei, der stärkste Ver-

bündete des Westens, war jetzt von feindlichen Mächten umgeben, seine Verbindungslinien mit den westlichen Streitkräften praktisch unterbrochen. Die Briten hatten Suez ohne Widerstand verlassen und so die Quellen der Ölversorgung Europas ungeschützt zurückgelassen.

Bei solcher Einschätzung der Lage könnten die Führer des Westens nur zu dem Schluß kommen, daß sich ihre Position katastrophal verschlechtert hätte — daß sie nicht nur eine Reihe vernichtender Niederlagen erlitten hätten, sondern daß diese Niederlagen nach 1953 mit zunehmendem Tempo gekommen seien: Die Kommunisten hatten die westliche Einschnürung durchbrochen und drohten nun, Europa einzukreisen.

Der Dritte Weltkrieg wurde jedoch im Jahre 1946 nicht erklärt. Wenn es so gewesen wäre, dann wäre wahrscheinlich keine der aufgezählten Positionen ohne harten Kampf aufgegeben worden. Wichtiger noch: die Entscheidung, diese Stellungen zu verteidigen oder aufzugeben hätte nicht bei den einzelnen Mitgliedern der westlichen Allianz gelegen; diese Allianz hätte, weil sie die Masse der Streitkräfte der freien Welt kontrolliert und den Schlüsselstellungen des Feindes gegenüber gestanden hätte, automatisch den Status eines globalen Systems angenommen, wie bei den Alliierten des Zweiten Weltkrieges.

Von 1946 bis 1956 hatte die Welt dem Buchstaben nach Frieden. Die Atomgeschütze schwiegen. Amerikaner und Russen begegneten sich nicht im offenen Kampf. Doch mögen künftige Historiker sehr wohl zu dem Schlusse kommen, daß während dieser entscheidenden zehn Jahre der Dritte Weltkrieg gekämpft und von den westlichen Alliierten verloren wurde.

Daß der Westen sich nicht bewußt ist, daß er besiegt wurde, ja nicht einmal, daß er in einem tödlichen Kampf gestanden hat, macht die kommunistischen Siege nicht weniger real. Im Gegenteil, das Ausmaß des kommunistischen Erfolges beim Zerbrechen der westlichen Verteidigung wird dadurch bestimmt, daß er keinen Gegenangriff der westlichen Koalition hervorgerufen hat.

Die Intervention der Franzosen und Engländer am Suez und die Reaktion der Vereinigten Staaten enthüllen, wie tief die westliche Einheit gespalten ist: die westliche Allianz wurde zur Impotenz verdammt genau in dem Augenblick, in dem die Ungarnschlacht dem Westen eine großartige Gelegenheit bot, einen sowjetischen Rückschlag auszunutzen. Die anglo-französische Intervention im Mittleren Osten und das Versagen der Vereinigten Staaten, den Westen zu koordinieren, haben die Wirkung der Ereignisse auf die Weltmeinung tragisch verringert, vor allem in allen Ländern der „Neutralen“. Alles in allem sind die Kommunisten wieder die Gewinner, und sie verdanken die Tatsache, daß sie den vollen Konsequenzen des ungarischen Aufstandes entkommen sind, einzig und allein der westlichen Uneinigkeit.

Schlachten, nur Episoden in militärischen Feldzügen

Wie sich der Westen herauslocken läßt aus einer Stärkeposition nach der anderen ist eine entnervende Geschichte. Eine Erklärung liegt in dem erstaunlich geringen Interesse, das westliche Staatsmänner an der kommunistischen Doktrin und so an der Mentalität ihrer Gegner zeigen. Das trifft besonders zu auf die, die die amerikanische Politik machen; sie neigten dazu, ihre Reaktion auf jede neue Situation zu improvisieren, und sie haben die dogmatische Folgerichtigkeit des kommunistischen Weltrevolutions- und Welteroberungsplanes nicht erkannt. Aber noch verderblicher als das Versagen, kommunistische Gedanken zu lesen, ist das historische Bild, das der Westen vom Krieg hat. In jenem Bilde sind Schlachten die Höhepunkte. „Auf die Schlacht kommt alles an“. Aber Schlachten waren immer nur Episoden in militärischen Feldzügen, und die Geschichte kennt nur wenige Entscheidungsschlachten. Krieg ist nicht so sehr eine Reihe von blutigen Kämpfen, sondern das fortgesetzte Manövrieren riesiger Kräftesysteme — militärischer, politischer, ökonomischer und psychologischer Kräfte. Die erfolgreichsten Feldzüge sind die, in denen man den Gegner durch Manövrieren dahin bringt, daß er keine Wahl hat als sich zu ergeben oder einen aussichtslosen letzten Widerstand zu leisten.

Solche Feldzüge waren charakteristisch für das achtzehnte Jahrhundert: durch geschickte Bewegungen wurde der Gegner gezwungen, seine festen Punkte aufzugeben; isolierte Abteilungen wurden umfaßt und gezwungen, sich zu ergeben; Flankenbewegungen bedrohten den Feind im Rücken; und diplomatische Verhandlungen — einschließlich Waffenstillstandsverhandlungen — dienten dazu, das durch militärische Strategie Gewonnene zu konsolidieren.

Die Krisis der westlichen Verteidigung beruht nur teilweise auf der Veränderung des militärisch-technologischen Gleichgewichtes, obgleich diese Verschiebung selbst eine Folge der Unentschiedenheit des Westens ist. Der Westen ist in der Verteidigung, weil der sowjetische Feldzug mit politischen Manövern und begrenzten Kämpfen erfolgreich die überlegenen Kräfte des Westens getrennt umfaßt und neutralisiert hat, ohne daß seine eigenen Verteidigungsstellungen auf die Probe gestellt worden wären.

Der erste Schritt, der getan werden muß, damit der Westen nicht weiter der Niederlage zugeworfen wird, die ihm in scheinbar kleinen Raten beigebracht wird, ist ein einheitlicher Oberbefehl. Obgleich die Atlantische Allianz (NATO) fast so etwas wie eine gemeinsame westliche Antwort auf die kommunistische Herausforderung ist, hat es noch keinen wirklich einheitlichen Oberbefehl gegeben. Die NATO stellt trotz prächtiger offizieller Stellungnahmen, die das Gegenteil behaupten, kein festes Militärbündnis dar: manche Mitglieder haben noch nie die vom NATO-Rat festgelegten Zahlen an Waffen und Soldaten erreicht; andere haben ihre Streitkräfte willkürlich zurückge-

zogen und sie außerhalb des Verteidigungsbereichs der NATO eingesetzt. Aber noch wichtiger ist, daß manche Gebiete, die für die Verteidigung der NATO von entscheidender Bedeutung sind — Nordafrika und Teile des Nahen und Mittleren Ostens — nicht genügend in den Atlantik-Pakt einbezogen sind und unter der ausschließlichen Führung eines Einzelmitgliedes stehen oder gar nicht dazugehören, etwa so, als ob Premierminister Churchill 1944 General Eisenhower getrotzt und britische Truppen aus dem Feldzug gegen die Deutschen in Frankreich zurückgezogen hätte, um mit ihnen einen ausschließlichen britischen Angriff gegen den Balkan zu führen. Die NATO ist zu keinem wirklich einheitlichen Oberbefehl gekommen, trotz der bitteren Lehren von zwei Weltkriegen, in denen die Alliierten eine Niederlage nach der anderen erlitten bis sie sich auf ein Oberkommando mit unbeschränkter Macht einigen konnten.

Die SAETO und der Bagdad-Pakt, die der westlichen Allianz sozusagen lose angegliedert sind, stehen nur auf dem Papier. Sie sind eher diplomatische Konstruktionen als militärische Gruppierungen. Einige Mitglieder, besonders der Irak, Pakistan und Thailand, sind wie schwache Rohre, die sich im Sturm des asiatischen Nationalismus biegen, der von anti-westlichen Gruppen und Kommunisten entfesselt wird. Es ist Irrsinn, diese fragmentarischen und von inneren Gegensätzen zerrissenen Verbin-

Eine wirksame politische Organisation ist notwendig

Der Westen muß zu einer wirksamen politischen Organisation kommen. Diplomatisch spricht der Westen mit vielen Stimmen und zieht, wenn er sich überhaupt bewegt, in mehreren und oft entgegengesetzten Richtungen.

Manche Führer der westlichen Welt verschancen sich hinter den blau-weißen Schild der Vereinten Nationen — wenn man ihnen die Verantwortung für die gemeinsamen Mißgriffe der westlichen Diplomatie auferlegt.

Man sagt, die Existenz der Vereinten Nationen mache eine engere westliche Zusammenarbeit unnötig, weil die UN das richtige Instrument für die Lösung internationaler Probleme darstelle, und eine ausschließlich westliche Gruppierung bei anderen UN-Mitgliedern, vor allem den asiatischen, Anstoß erzeuge. Also würde, so argumentiert man, eine Politik der Vereinigung des Westens die Vereinten Nationen schwächen, „der Menschen letzte, beste Hoffnung auf Erden“. Aber wofür man die Vereinten Nationen auch sonst in Theorie oder Praxis halten kann, sie sind kein Ersatz für die Einheit des Westens. Die zerstörende Wirkung, die die Schaffung eines echten westlichen Machtblocks auf die UNO haben könnte, dürfte nicht größer sein, als die zerstörende Wirkung, die der sehr echte kommunistische Machtblock

dungen für ein Verteidigungssystem der Freien Welt zu halten.

Es ist die alte Geschichte von zu wenig und zu spät. Daß das „zu wenig“ eine riesige Ausgabe in der Hauptsache amerikanischer Hilfsmittel in Form von Waffen und Wirtschaftshilfe darstellt, berührt das Urteil nicht: Diese kostspieligen Bemühungen um die Verteidigung gegen den Kommunismus haben dem Westen viel mageren Gewinn gebracht, als ihm die Kommunisten mit geringeren Ausgaben aber geschickteren Taktiken eingeheimst haben. Auf militärischem Gebiet wird der Beitrag der Vereinigten Staaten für die Verteidigung des Westens zweifelhaft durch den „atomaren Gegen-schlag“: die Möglichkeit, daß amerikanische Atomstrategie den Verbündeten Amerikas und Amerika selbst verheerende Vergeltung einträgt. Es soll hier nicht auf die technischen Probleme der westlichen Verteidigung eingegangen werden, noch detaillierte Lösungen vorgeschlagen werden. Eine Seite der strategischen Frage kann jedoch ohne den Rat der militärischen oder der Atomfachleute geklärt werden: eine Strategie für den Westen setzt voraus, daß der Westen weiß, was er verteidigen will. Offenkundig muß sein erstes strategisches Ziel sein, sich selbst zu verteidigen. Bis der Westen wirklich geeint ist, bleiben die verschiedenen Strategien zur Verteidigung dieses oder jenes geographischen Gebietes mit diesem oder jenem Waffensystem in einer Atmosphäre totaler Irrealität. Für den militärischen Experten mögen sie sinnvoll sein; sie sind politisch nicht annehmbar.

ausgeübt hat. Es ist höchst wahrscheinlich, daß Stalins ursprüngliche Begeisterung für die UNO befeuert wurde durch die Erwartung, daß ihre Schaffung der Bildung regionaler Gruppen, die sich dem kommunistischen Machtblock gegenüber zu behaupten vermöchten, zuvorkäme.

Die UNO hat eines gemeinsam mit dem Kalten Krieg: ihr Betätigungsfeld ist die Freie Welt, nicht die Kommunistische Welt. Außerhalb der Freien Welt existiert die UNO nicht wirklich. Die Vereinten Nationen beanspruchen Universalität; aber es ist eine Tatsache, daß die kommunistisch-beherrschten Länder den Vereinten Nationen oder ihren Sonderorganisationen, die mit kommunistischem Personal und Angehörigen der Länder der Freien Welt besetzt sind, noch nie erlaubt haben hinter dem Eisernen Vorhang zu arbeiten. Angesichts dieser eigenartigen und wenig bemerkten Einseitigkeit sind die Vereinten Nationen offenkundig kein Ersatz für westliche Einheit. Dies ist an sich noch kein Argument für die Demontage der Vereinten Nationen, denn es sprechen viele, wenn auch bescheidene, Leistungen für diese internationale Vereinigung. Es ist jedoch ein Argument dafür, die ersten Dinge an die erste Stelle zu setzen. Auf der Tagesordnung des Westens kommt sein eigenes Überleben zuerst, und die westliche Politik gegenüber den Ver-

einten Nationen sollte darauf abzielen, jene Bestimmung der Charta voll auszunützen, die die Schaffung engerer regionaler Vereinigungen von Nationen vorsehen.

Der Westen sollte mit Worten und Taten den guten Willen der asiatischen Völker zu gewinnen suchen — trotz des relativ kleinen Erfolges, der von solchen Bemühungen zu erwarten ist. Aber die westlichen Nationen sollten bei ihrem Werben um die asiatische Gunst nicht die Tatsache übersehen, daß die Position jeder einzelnen westlichen Nation gegenüber jeder nicht-westlichen Nation nicht stärker ist als die Position der westlichen Gemeinschaft

Die Frage des Kolonialismus

Der Westen muß eine gemeinsame Politik festlegen im Hinblick auf die Probleme, die der Kolonialismus geschaffen hat und im Hinblick auf die Heraufkunft neuer Nationen in Asien und Afrika.

Alle echten Gemeinschaften sind Gemeinschaften geteilter Privilegien, geteilter Verpflichtungen und vor allem geteilter Prinzipien. Es muß einen gemeinsamen Nenner geben, auf den alle Meinungsunterschiede zurückgeführt werden können. Die Frage des Kolonialismus hat im westlichen Lager zu ernststen Meinungsverschiedenheiten geführt. Die Geschichte des Kolonialismus enthält vieles, das schlecht war und vieles, vielleicht mehr, das den untergebenen Völkern zum Nutzen gereichte. Der Kolonialismus, wie ihn der Westen praktiziert hat, verschwindet jetzt schnell aus dem internationalen Bild. Das vielleicht größte Hindernis für die Erreichung einer vernünftigen Verständigung über eine gemeinsame westliche Politik ist nicht die Meinungsverschiedenheit darüber, ob man den Kolonialvölkern die Unabhängigkeit geben sollte oder nicht, sondern darüber, wie schnell die Emanzipation fortschreiten soll. In der Art, wie die Amerikaner auf der Gleichberechtigung unterworfenen Völker bestehen, spiegelt sich ihre alte Überzeugung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Amerikaner haben völlig recht, auf das edle Ziel der Freiheit hinzuweisen. Aber nicht wenige Fürsprecher des Anti-Kolonialismus in unserem Lande zeigen eine beträchtliche Unkenntnis der Völker, die sie befreien wollen, und sie sind gleichgültig gegenüber den Folgen einer solchen Befreiung für die Interessen des Westens. England und Frankreich würden sich

Vereinigung der wirtschaftlichen und technologischen Hilfskräfte

Der Westen muß, um sich gegenüber der immer aggressiveren Konkurrenz der Kommunisten in Handel und Technologie behaupten zu können, seine wirtschaftlichen und technologischen Hilfskräfte vereinigen. Der Sowjetblock verfolgt eine Politik wirtschaftlicher und technologischer Entwick-

insgesamt gegenüber der Gesamtheit der nicht-westlichen Völker. Ein geeinter Westen könnte die emporstrebenden Nationen Asiens und Afrikas steuern auf dem Wege zu wirtschaftlicher Besserstellung, politischer Stabilität und einer sympathischeren Haltung gegenüber dem Westen, den Errungenschaften seiner Vergangenheit und den Zielen seiner Gegenwart; ein übertrieben begeistertes Werben um geräuschvoll „anti-imperialistische“ asiatische und afrikanische Führer kann der Sache westlicher Einheit nur schaden, und damit dem einzelnen Freier. Der Westen sollte zuerst seinen eigenen reichen Garten bebauen.

nach Verlust ihrer überseeischen Besitzungen vielleicht mit dem Status einer drittrangigen Macht abfinden. Dann hätten sie aber wenig zu verlieren, das des Festhaltens wert wäre, und sie könnten dann den Neutralismus für den besseren Teil der Tapferkeit halten und versuchen, sich mit den Sowjets zu arrangieren, selbst zu Bedingungen, die sie jetzt ablehnen. Wenn die Briten und Franzosen gezwungen würden, ihre Besitzungen aufzugeben, dann würde die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten im Verhältnis reicher und mächtiger würden, Frankreich und Großbritannien nicht notwendigerweise in ihrer Ergebnisheit in die westliche Solidarität bestärken.

Das Kolonialproblem hat es in der Menschheit, in der einen oder anderen Form, seit Beginn der Geschichte gegeben; es wird es auch noch für einige Zeit geben. Vom Westen erfordert das nicht so sehr die laute Betonung des Ideals der Gleichberechtigung — über das sich fast jeder, einschließlich der Franzosen und Briten, sowieso einig ist — sondern einen neuen praktischen Weg. Im Gegensatz zu einer Handvoll Politiker beschäftigt den Durchschnittsmenschen in den unterentwickelten Gebieten nicht so sehr die nationale Unabhängigkeit, als die Verbesserung seines wirtschaftlichen Schicksals. Hier liegt eine Herausforderung und eine Gelegenheit für die westliche Zusammenarbeit: die gemeinsame Entwicklung großer Teile Asiens und Afrikas. Die Expansion der Atlantischen Allianz in das Feld der internationalen Wirtschaft durch die Schaffung eines Atlantischen Fonds für wirtschaftliche Entwicklung gäbe die Möglichkeit, große Dinge miteinander zu tun — das ist der einzig mögliche Weg, eine Gemeinschaft in Krieg und Frieden lebendig und gesund zu halten.

lichen Länder, die mit Hitler Handel getrieben haben wie mit jedem anderen, scheinen diese Lehre vergessen zu haben. Sie müssen versuchen, ihren Handel miteinander zu vergrößern und ihre Wirtschaftspolitik aufeinander abzustimmen, um die Sowjets um den Vorteil zu bringen, einen westlichen Händler gegen den anderen auszuspielen. Eine integrierte westliche Wirtschaft brauchte wegen ihrer immensen Produktivität und Kaufkraft die kommunistische Konkurrenz nicht zu fürchten. Vor allem benötigt der Westen „den gesammelten Einsatz seiner Intelligenz“. Es stimmt wahrscheinlich, daß die Sowjets anfangen, mehr Naturwissenschaftler und Ingenieure zu produzieren, als von amerikanischen Hochschulen kommen. Aber solche Statistiken sind nichtssagend. Die Sowjets bilden praktisch das gesamte technologische Material für den kommunistischen Block aus Zahlenmäßig ist der Ausstoß an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in allen westlichen Ländern zusammen jetzt und in der vorhersehbaren Zukunft dem der Länder unter sowjetischer Herrschaft weit überlegen. Der Westen brauchte nur seine Erziehungsprogramme zu koordinieren und den freien Austausch von Ideen und Techniken zu organisieren, um den sowjetischen Fortschritt in allen Gebieten der Wissenschaft und der Industrie, und vor allem der Waffentechnik, entscheidend zu überholen. Alle westlichen Länder könnten durch breiteren wissenschaftlichen Austausch mehr gewinnen, als sie durch mögliche Verletzung der „Sicherheit“ bei der Weitergabe wissenschaftlicher Informationen verlieren könnten. Die wirkliche Aufgabe besteht darin, die riesigen geistigen Hilfsquellen des Westens zu mobilisieren, denn die vielpropagierten Fortschritte der Sowjets sind Aussagen nicht so sehr ihrer überlegenen wissenschaftlichen Leistungen als vielmehr des Zurückbleibens der westlichen Technik, verursacht durch die Versuche, nationale wissenschaftliche Einrichtungen zu isolieren und Konkurrenzvorteile auf Kosten der Gruppe zu gewinnen.

Eine große Nation wirkt auf die Weltpolitik durch zwei Arten von Macht: Die eigene Macht und die Macht derjenigen, die bereit sind, ihr Geschick mit ihr zu teilen. Die letztere könnten wir die föderative Macht nennen. Diese Art der Macht sollte Amerika, die größte und erfolgreichste Föderation, die die Welt je gesehen hat, am besten zu handhaben wissen. Die augenblickliche Uneinigkeit des Westens spiegelt das Versagen Amerikas wider, den Kommunisten entgegenzutreten und sie zu besiegen mit Amerikas höchstentwickelter politischer Strategie: der Strategie einer größeren und weiteren Union.

Wir brauchen uns gar keiner Illusion darüber hinzugeben, wer die politische, finanzielle und moralische Initiative zur Einigung des Westens zu ergreifen hat. Die Vereinigten Staaten, die auf die Schaffung von Instrumenten für die europäische wirtschaftliche Integration ge-

drängt haben, dürfen auf dem Marsch zu jenen ferneren Zielen, die sie selbst abgesteckt haben, nicht zurückbleiben. Nachdem die Amerikaner unter Hinweis auf die festen Bande westlicher Kultur Europa aufgerüttelt haben zur Verteidigung der gemeinsamen Sache, müssen sie mit-helfen, zu prüfen, wie stark diese Bande wirk-lich sind, wenn der kommunistische Druck ein-mal nachläßt. Es gibt für die Vereinigten Staa-

ten gute Gründe zur Vorsicht, irgendwo neue Verpflichtungen zu übernehmen, besonders im Nahen und Mittleren Osten. Die Amerikaner wollen sich nicht in den Wirbel und die Rivali-täten der Levante und Nordafrikas hineinziehen lassen, um nicht in die sowjetische Falle zu gehen. Aber diese Falle ist aufgestellt: die Ver-einigten Staaten können sich nur herausziehen, indem sie den Sowjets das Feld überlassen.

Staaten das wirtschaftliche Kraftwerk und die stärkste Festung des Westens. Die riesigen In-vestitionen der Vereinigten Staaten in Europa an Menschen, Waffen und finanzieller Hilfe sind permanent. Die Chancen, sie profitabel zu machen, sind wahrscheinlich heute besser, als sie es je seit Ende des koreanischen Krieges waren: Amerikas Alliierte haben einige kost-spielige Lektionen gelernt; es ist an den Ameri-kanern, darauf zu sehen, daß sie nun für das gemeinsame Wohl angewendet werden.

„Vereinig stehen, und getrennt fallen wir“

Frankreich und Großbritannien, sich der Leine der amerikanischen Diplomatie wieder-setzend, sind sich ihrer individuellen Schwäche bewußt geworden und der Stärke, die sie durch europäische Einheit gewinnen könnten. Zum ersten Male unterstützen einflußreiche Eng-länder aller Parteien und aller Klassen die Idee einer europäischen Wirtschaftszone mit voller britischer Beteiligung. Würde sich Europa ver-einigen und wären die treibenden Kräfte einer solchen Union der gemeinsame Wunsch, Euro-pas Abhängigkeit von Amerika zu verringern, dann hätte die Diplomatie der Vereinigten Staaten dort mit Schwierigkeiten zu rechnen, wo ihr Pfad jetzt relativ gangbar ist. In nicht wenigen Punkten könnte sich ein Vereintes Europa von den Vereinigten Staaten unterschei-den und allein gehen. Doch brauchte eine sol-che Entwicklung die Schaffung der westlichen Einheit nicht zu verringern. Im Gegenteil: Amerikanisch-britische und amerikanisch-fran-zösische Beziehungen werden jetzt durch eine stets wechselnde Ungleichheit der Kräfte ge-stört. Der schwächere Partner klammert sich nur um so hartnäckiger an den äußeren Prunk der Souveränität, während die Realität der Souve-ränität zum bloßen Schein herabsinkt. Das Pro-blem der, sagen wir, amerikanisch-isländischen Beziehungen ist schwierig zu lösen, gerade weil 160 000 Isländer hartnäckig entschlossen sind, 160 000 000 Amerikanern entgegenzutreten. In

einem Vereinigten Europa brauchte man keine solche Verbeugung vor dem nationalen Minder-wertigkeitskomplex; ein vereinigtes Europa und die Vereinigten Staaten könnten sich einigen, sich über eine gemeinsame Politik verständigen und gemeinsame Institutionen aufbauen, weil keiner das Gefühl hätte, der Satellit des an-deren zu sein — weil sie gleiche Partner wären. Das Argument der Europäer ist, daß es inner-halb der westlichen Allianz ein besseres Gleich-gewicht geben muß. Der neue Schritt für ein Vereinigtes Europa ist nicht diktiert von dem Wunsche, sich von den Vereinigten Staa-ten loszureißen; er wurde ausgelöst durch den Willen, Europa in der westlichen Allianz mehr Gewicht zu geben.

Wenn sich Europa vereinigte, gäbe es immer noch weiten Raum für große Anforderungen an amerikanische Initiative. Die Regeneration der westlichen Allianz und ihre Umgestaltung in eine stärkere und weitere Union würde den Vereinigten Staaten schwere politische, militäri-sche und wirtschaftliche Lasten aufbürden. Die Vereinigten Staaten müßten manche Ansprüche aufgeben und andere abstecken, denn keine weitere oder stärkere Union ist je ohne ein umfassendes Geben und Nehmen aufgebaut worden. Vor allem müßten die Vereinigten Staaten stark bleiben, denn ohne Rücksicht dar-auf, wie groß die Stärke eines Vereinigten Europas sein könnte, blieben die Vereinigten

„Der Untergang des Abendlandes“ ist nicht mehr das Phantasieprodukt eines deutschen Professors. Jetzt ist die Zeit, die Entwicklung umzukehren. Das augenblicklich stärkste Argu-ment für die Erweiterung und Stärkung der westlichen Allianz sollte die Erkenntnis sein, wie unzureichend nationale Mittel gegen-über der Flankentaktik der Kommunisten sind, und wie notwendig westliche Einheit in Ge-bieten ist, die man bisher nur als Randgebiete der Allianz oder nur als Hinterhöfe nationaler Souveränität betrachtet hat. Aber wenn die kommunistische Drohung morgen verschwinden würde, wäre die Schaffung eines vereinigten Westens immer noch die größte Aufgabe, die vor Amerika stünde. Für diese Aufgabe sind die Vereinigten Staaten durch ihre Geschichte und die Konstellation des Augenblicks einzig-artig ausgerüstet. Alles, was zu tun ist, ist, der Aufgabe ins Auge zu schauen, denn vereint stehen und getrennt fallen wir.

Anmerkung

Geoffrey Crowther, früher Chefredakteur des „Eco-nomist“, London, Autor von „Ways and Means of War“, „An Outline of Money“ u. a.

Richard H. Nolte hat verschiedene Jahre im Mitt-leren Osten gelebt, z. Zt. in Beirut, Fachmann für islamisches Recht und islamische Gesellschafts-theorie.

Robert Strausz-Hupé, Direktor des Foreign Policy Research Institute und Professor für politische Wis-senschaften an der University of Pennsylvania.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN :

Fritz Behrend: „Die politische Schulfeier
als mitmenschliche Ausdrucksform“

Henry A. Kissinger: „Gedanken zur amerikanischen
Diplomatie“

André Julien: „Marokko, das Ende einer Epoche“

Susanne Leonhard: „Entstehung und Liquidierung der
Stalinlegende“

R. Neumann: „Oder-Neiße. Eine Dokumentation“

... „Urkunden zur Judenpolitik des
Dritten Reiches“
